

KLASSE GEGEN KLASSE

www.klassegegenklasse.org

Zeitschrift für marxistische Politik und Theorie
von RIO – Nr. 11 – November-Dezember 2014
2 Euro / 4 CHF – Solipreis: 4 Euro / 8 CHF

25 Jahre Mauerfall

Die imperialistischen Ambitionen
der deutschen Bourgeoisie heute

Kampf um Kobanê

KurdInnen kämpfen gegen den
„Islamischen Staat“ in Syrien

Pulverfass Mexiko

Massive Bewegung nach dem
Verschwinden von 43 Studierenden

Refugees welcome – auch in der Gewerkschaft?

Geflüchtete sind Lohnabhängige. Doch als sie das Berliner Gewerkschaftshaus besetzten, um die Unterstützung des DGB zu fordern, hat die Führung die Polizei gerufen. Nun beginnt eine Debatte.



Revolutionäre Internationalistische Organisation
Trotzkistische Fraktion – Vierte Internationale





Seite 24-25



Seite 6



Seite 17



Seite 21



Seite 22

KLASSE GEGEN KLASSE Nr. 11

Editorial: Gewerkschaften für den Kampf zurückerobern! Seite 3

DEUTSCHLAND

Legale und illegale KollegInnen gemeinsam! Seite 4

Die Krise der Bundeswehr Seite 5

Landtagswahlen: Es geht nach rechts... Seite 6

Kitas werden bestreikt Seite 11

Erneuerung von oben Seite 12

Was ist die Gewerkschaftsbürokratie? Seite 13

Amazon: Sieg den Streiks! Seite 14

SCHWERPUNKT: MAUERFALL

Deutschlands Streben zurück zu einer Weltmacht Seite 7

INTERNATIONAL

Donnelley: Druckerei ohne Bosse Seite 16

Lear: Landesweite Gegenwehr Seite 17

Der Kampf um Kobanê und die Aufgaben der RevolutionärInnen Seite 18

Ein Referendum, das keines ist Seite 20

Pulverfass Mexiko Seite 21

Ukraine: Nach dem Waffenstillstand Seite 22

RIO / FT-CI

Konferenz: Neue Herausforderungen Seite 26



Trotzkistische Fraktion – Vierte Internationale

www.ft-ci.org

Argentinien

Partido de los Trabajadores Socialistas
www.pts.org.ar

Mexiko

Liga de Trabajadores por el Socialismo –
Contracorriente
www.ltsc.org.mx

Bolivien

Liga Obrera Revolucionaria
por la Cuarta Internacional
www.lorci.org

Brasilien

Liga Estratégia Revolucionaria –
Quarta Internacional
www.ler-qi.org

Chile

Partido de Trabajadores Revolucionarios
www.ptr.cl

Venezuela

Liga de Trabajadores por el Socialismo
www.lts.org.ve

Costa Rica

Liga de la Revolución Socialista
lrcostarica.blogspot.com

Uruguay

Gruppe der FT-CI
debatemilitante.blogspot.com

Spanischer Staat

Clase Contra Clase
www.clasecontraclase.org

Frankreich

Mitglieder in der Courant Communiste
Révolutionnaire innerhalb der NPA
www.ccr4.org

Deutschland

Revolutionäre Internationalistische Organisation
www.klassegegenklasse.org

Gewerkschaften für den Kampf zurückerobern!

von der **Redaktion**

Selten in den letzten Jahren hat ein Thema die politische Debatte innerhalb der deutschen Gewerkschaften so befeuert wie die Frage, wie sich die ArbeiterInnenorganisationen zu den Kämpfen der Geflüchteten stellen sollen. Immer häufiger regt sich Unmut bei gewerkschaftlichen Basisgruppen und Einzelmitgliedern, aber auch in der unteren Ebene der Bürokratie, über die politische Passivität der Gewerkschaften.

Diese Kontroversen werfen in letzter Instanz die Frage darüber auf, welche Rolle Gewerkschaften heute im imperialistischen Deutschland spielen sollten. Können Gewerkschaften wieder zu Organen des Kampfes der ArbeiterInnen werden? Populär gewordene Losungen wie „Erneuerung durch Streik“ zeigen auf, dass eine Neuausrichtung der Gewerkschaften von unten erkämpft werden muss. Die Frage, die RevolutionärInnen beantworten müssen, ist wie.

Geflüchtete und Gewerkschaften

Der Konflikt um die Frage der Refugees schwelt seit mindestens einem Jahr, nachdem ver.di in Hamburg 300 Geflüchtete als Mitglieder aufnahm. Nun hat die Besetzung des Berliner DGB-Hauses durch Geflüchtete, die politische Unterstützung forderten, diese Diskussion auf eine neue Ebene gehievt – denn die Berliner DGB-Führung ließ diese Geflüchteten am 2. Oktober mit einem brutalen Polizeieinsatz räumen.

Reaktionen ließen nicht lange auf sich warten. Die ver.di Jugend Oberpfalz schrieb in einem offenen Brief an ihren Vorsitzenden: „Eine Gewerkschaft, in der Flüchtlinge keinen Platz haben sollen, ist nicht die unsere!“ Die ver.di Jugend Hannover fordert sogar den „sofortigen Rücktritt aller verantwortlichen Funktionäre“. Auch die GEW Berlin hat die Räumung verurteilt. Hunderte TeilnehmerInnen der Konferenz „Erneuerung durch Streik“ in Hannover protestierten gegen die Räumung. Und in Berlin versammelten sich 70 Menschen, um eine große Veranstaltung zum Thema zu planen.

Streikrecht verteidigen!

Aber auch eine zweite Debatte über die Rolle von Gewerkschaften in diesem Land hat sich in letzter Zeit zugespielt: Die

Debatten zu Refugees und zu Streikrecht befeuern die politische Diskussion in den ArbeiterInnenorganisationen.

Frage, welche Legitimität Streiks als elementare Kampfform der ArbeiterInnenbewegung haben. Anhand des laufenden Streiks der GDL macht die deutsche Bourgeoisie Propaganda für ihr Projekt, das Streikrecht in Deutschland unter dem Vorwand der sogenannten „Tarifeinheit“ zu beschneiden.

Doch auch wenn der DGB-Kongress im Mai dieses Jahres sich gegen die gesetzliche Einschränkung des Streikrechts ausgesprochen hat, wird die Initiative weiterhin von der Führung unterstützt. Alle ArbeiterInnen müssen sich anstrengen, diesen reaktionären Angriff auf die deutsche ArbeiterInnenbewegung zurückzuschlagen.

Dabei gibt es gerade in den letzten Jahren langsame Tendenzen zu mehr Arbeitskämpfen in Deutschland. Nach der Verheerung der Agenda 2010 und den Jahren der Krise regen sich immer mehr Kämpfe, sowohl in prekären als auch in strategischen Sektoren. Der Angriff auf das Streikrecht soll diese Tendenzen im Keim ersticken.

Fragen über Gewerkschaften

Deswegen werfen die Debatten um Geflüchtete und um Streikrecht eine Reihe weiterer Fragen für organisierte ArbeiterInnen in diesem Land auf:

- ★ Wollen wir Dienstleistungsunternehmen, die als Reisebüros und Versicherungen für die besser gestellten Schichten der ArbeiterInnenklasse agieren, oder wollen wir Kampforganisationen der gesamten Klasse?
- ★ Wollen wir Apparate von gut bezahlten BürokratInnen, die auf die Rituale der Tarifrunden spezialisiert sind, oder wollen wir Zusammenschlüsse aktiver ArbeiterInnen, die für ihre eigenen Rechte kämpfen?
- ★ Sind unsere Verbündeten die PolitikerInnen von CDU und SPD, mit denen wir freundlich verhandeln müssen, oder sind unsere Verbündeten die Unterdrückten der Welt, mit denen wir gemeinsam kämpfen müssen?

Es geht dabei letztendlich um die Frage:

Welche Strategie brauchen die ArbeiterInnen, um sich zu befreien?

Revolutionäre Organisation

Gewerkschaften sind die Massenorganisationen der ArbeiterInnen – in Deutschland hat der DGB knapp sechs Millionen Mitglieder. Wenn sie sich für politische Auseinandersetzungen mobilisieren würden – mit Demonstrationen, Streiks und Besetzungen – würde das eine ernsthafte Konfrontation mit dem Kapital und seinem Staat bedeuten. Aber die Gewerkschaften werden aktuell von reformistischen BürokratInnen geführt, die genau das verhindern wollen.

Deshalb kämpfen wir als RevolutionärInnen in den Gewerkschaften für direkte Demokratie statt bürokratischem Kommando. Wir sind gegen jede Art von Privilegien: alle FunktionärInnen sollten gewählt werden und abwählbar sein.

Wir setzen uns für das Prinzip ein, dass sich alle ArbeiterInnenorganisationen für die demokratischen Rechte von allen Lohnabhängigen – besonders für illegalisierte Menschen – einsetzen müssen. Der Kampf der Geflüchteten stellt die Erneuerung der Gewerkschaften in Deutschland auf die Tagesordnung.

„Die Gewerkschaften unserer Zeit können entweder als Hilfsinstrumente des imperialistischen Kapitalismus dienen, um die Arbeiter unterzuordnen, sie zu disziplinieren und die Revolution zu verhindern“, schrieb der Russische Revolutionär Leo Trotzki im Jahr 1940, „oder sie können im Gegenteil die Instrumente der revolutionären Bewegung des Proletariats werden.“¹

Die DGB-Bürokratie will dem Kapital dienen. Wir von der Revolutionären Internationalistischen Organisation kämpfen für den Aufbau einer revolutionären Partei der ArbeiterInnen und Jugend – in Deutschland und international.

1. Leo Trotzki: Die Gewerkschaften in der Epoche des imperialistischen Niedergangs. <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/trotzki/1940/08/gewerk.htm>.



Legale und illegale KollegInnen gemeinsam!

Die Räumung des Gewerkschaftshauses in Berlin hat eine breite Debatte losgetreten.

von **Friedrich Jäger** (RIO, München)

Mitglieder der jungen GEW protestieren gegen die Räumung des Gewerkschaftshauses.

Am 28. September besetzte die Gruppe Refugee Struggle for Freedom das DGB-Haus in Berlin. Damit wiederholte sich eine Aktion, die vor fast genau einem Jahr bereits in München stattfand.¹ Die Geflüchteten wendeten sich erneut an die Organisationen der ArbeiterInnen, die als einzige perspektivisch die Macht haben, ihre Anerkennung in Deutschland mit einem politischen Generalstreik durchzusetzen. Dahin ist es ein weiter und steiniger Weg, den die Geflüchteten nicht allein zu Ende gehen können – wie die polizeiliche Räumung des Hauses nach einer Woche zeigte. Aber es gibt keinen anderen.

Doro Zinke, Vorsitzende des DGB Berlin-Brandenburg, beanspruchte schon in der ersten Stunde der Gespräche mit den Geflüchteten: „I am the boss.“ In den darauf folgenden Tagen stellte die Bürokratie ihre Ignoranz gegenüber den politischen Forderungen der Geflüchteten zur Schau und verwies fortdauernd auf die angebliche Machtlosigkeit des DGB. Die Gewerkschaften seien der falsche Ort für die Forderungen Geflüchteter, der DGB als Dachorganisation sowieso. Sie mögen das Haus verlassen, man könne für eine Nacht eine Unterkunft organisieren.

Doch die Geflüchteten wollten politische Unterstützung, wie sie auf ihrer Pressekonzferenz am zweiten Tag zeigten. Und der Spielraum der Bürokratie war durchaus groß: Die konkreten Forderungen, wie eine Demonstration oder ein Gespräch mit VertreterInnen der Mitgliedsgewerkschaften sowie mit den für Asylrecht verantwortlichen PolitikerInnen, hätten die DGB-VerhandlungspartnerInnen leicht erfüllen können. Wenige Wochen darauf hatte eben die gleiche Bürokratie, die PolitikerInnentreffen für unmöglich erklärte

und das Haus nicht mit Geflüchteten teilen wollte, einen kleinen CDU-Parteitag mit dem berechtigten Berliner Innensenator Frank Henkel zu Gast.²

Die Kräfteverhältnisse in und vor dem DGB-Haus haben aber nicht ausgereicht, um die Spitze des DGB zu mehr als nur Lippenbekenntnissen zu bewegen. Die politische Verantwortung dafür, dass es schließlich überhaupt kein konkretes Angebot an die Geflüchteten gab, liegt direkt bei der Berliner DGB-Führung. Aber wenn es mehr Solidarität von Linken und vor allem von GewerkschafterInnen gegeben hätte, hätte die Berliner DGB-Spitze nicht so leicht mit dem Selbstverständnis der Solidarität brechen können. Letztlich konnte die Bürokratie ohne ausreichenden öffentlichen Druck wegen des Aufenthalts von 20 Geflüchteten in der „Lounge“ schamlos ihre „Grenze der Belastbarkeit“ (Pressesprecher Dieter Pienkny) erklären – obgleich sich viele einfache Angestellte und selbst einige FunktionärInnen des Hauses sogar vorsichtig solidarisch erklärten.

Eine besser vorbereitete Aktion, aber vor allem ein konsequentes Eintreten breiterer Teile der Linken für eine Front zwischen legalen und illegalisierten KollegInnen, die über die logistische Unterstützung hinaus ein Anstoß für eine politische Bewegung in den Betrieben und auf der Straße sein kann, hätte zu mehr politischem Druck auf die DGB-Führung geführt. Die Kollaboration der DGB-Bürokratie mit den Repressionsorganen – unterstützt von Provokationen der sogenannten „Gewerkschaft“ der Polizei (GdP), einem reaktionären Berufsverband im Interesse des bürgerlichen Staats – mündete so im Polizeieinsatz. Indem die Führung des DGB 200 bewaffnete Einsatzkräfte zur brutalen Räumung ins Haus holte und die Geflüchteten wegen Hausfriedensbruchs anzeigte, brach sie ein ge-

werkschaftliches Tabu.

„Nicht in unserem Namen!“ ist der Titel einer Soli-Erklärung, die kurz nach diesem Skandal auf der Konferenz „Erneuerung durch Streik II“ in Hannover vorgestellt wurde.³ Dort sprach eine Delegation aus zwei Geflüchteten und dem Gewerkschaftssekretär Peter Bremme von ver.di Hamburg, der 300 Geflüchteten die Mitgliedschaft ermöglichte. Die Erklärung verurteilt die Räumung und verlangt die Aufnahme von Geflüchteten in die Gewerkschaften sowie politische Unterstützung, wie die Organisation einer Konferenz.

Auf einem Berliner Perspektivtreffen waren 70 GewerkschafterInnen und Geflüchtete anwesend, darunter Mitglieder von IG Metall, ver.di, GEW, IG BAU, EVG und der DGB-Jugend. Eigens für die Räumung hatte die Bürokratie ein zynisches Plakat gedruckt, die Aufschrift: „Flüchtlingen helfen? Ja! Unser Haus besetzen? Nein!“ Turgay Ulu, ein Geflüchteter aus dem Türkischen Staat, stellte die Frage: „Ist das nicht ein Haus der ganzen arbeitenden Bevölkerung?“ Ulus rhetorische Frage macht deutlich, dass dieser Kampf auch über die unmittelbaren Interessen der Geflüchteten selbst hinausweist. Es geht um die Frage, wem die Gewerkschaften überhaupt dienen, der bürgerlichen Regierung und dem Kapital, vermittelt durch die Bürokratie – oder der gesamten ArbeiterInnenklasse.

Trotz der Niederlage im DGB-Haus durch die Räumung haben die Geflüchteten von Refugee Struggle for Freedom der Bewegung die Richtung des Wegs aus der Isolation gezeigt. Statt immer radikaleren Einzelaktionen, die ausschließlich auf mediale Aufmerksamkeit zielen, müssen die Gewerkschaften für den Kampf der Geflüchteten gewonnen werden. Denn Gesetzesänderungen vom Ausmaß einer Anerkennung aller Geflüchteten können nur von der organisierten ArbeiterInnenklasse erkämpft werden.

1. Friedrich Jäger/Marius Weizenberger: Der Kampf der Non-Citizens. In: Klasse gegen Klasse Nr. 7. <http://www.klassegegenklasse.org/der-kampf-der-non-citizens/>.

2. Wlodek Flakin: 70 GewerkschafterInnen treffen sich mit Geflüchteten. www.klassegegenklasse.org/70-gewerkschafterinnen-treffen-sich-mit-gefluechteten/.

3. „Nicht in unserem Namen!“ http://www.labournet.de/wp-content/uploads/2014/10/dgbberlin_protest.pdf

Die Krise der Bundeswehr

Was steckt hinter den Mängeln in der deutschen Armee?

von **Peter Robe** (RIO, Berlin)

Die deutsche Regierung steckt in einer schwierigen Situation. Während sie versucht, „mehr Verantwortung“ in der Welt zu übernehmen, kommen die großen Probleme der Ausrüstung der Bundeswehr mit Kriegsmaterial ans Licht. Dadurch werden die tieferliegenden Widersprüche des deutschen Imperialismus zutage gefördert.

Propagandakampagne

Die Liste der Mängel im Bestand der Bundeswehr ist lang: Ganze Flotten der Transportflugzeuge A400M sind nicht einsatzfähig, der Schützenpanzer Puma kommt nicht im Gelände zurecht und dem Kampfjet Eurofighter fehlen Teile. Weitere Mängel bei Hubschraubermodellen wie dem Tiger und dem NH90 und ein enormer Personalmangel lassen die Bundeswehr in einem schlechten Licht stehen.

Diese schweren Mängel betreffen direkt die Auslandseinsätze der Bundeswehr. Beispielsweise kann die Operation Patriot der NATO, bei der Raketenysteme an der syrisch-türkischen Grenze stationiert sind, durch das Fehlen von ausgebildeten SoldatInnen nur schwerlich weitergeführt werden. Selbst die erste Waffenlieferung an die kurdischen Peschmerga im Nordirak musste verschoben werden, so dass Kriegsministerin Ursula von der Leyen (CDU) mit leeren Händen zum Regierungschef der Autonomieregion, Masud Barzani, reisen musste. Und auch beim geplanten Einsatz im Ebola-Gebiet in Westafrika bahnen sich Schwierigkeiten an.

Die Kritik ließ nicht auf sich warten: Just in Zeiten, wo besonders aus der CSU die Forderung nach einem Bodeneinsatz im Nahen Osten laut werden, kamen diese Meldungen wie ein kalter Schauer auf die militärischen Träume der Regierung und der imperialistischen Bourgeoisie. Wer hat also Schuld an dem Debakel? Die Presse füllte sich mit Berichten über die Unterfinanzierung der Bundeswehr, um höhere Ausgaben zu legitimieren und sie endlich „einsatzfähig“ zu machen.¹ Die Verteidigungsministerin selbst beschuldigte die Rüstungsindustrie, nicht ausreichend zu liefern.

Doch wer immer die Schuldfrage für

sich entscheidet, eins ist klar: die Bourgeoisie lechzt nach größeren Rüstungsgeschäften und einer kampfbereiten Bundeswehr. Um dies zu erreichen, wird sie auch zu einer Umverteilung der Gelder greifen müssen, was Einsparungen im Gesundheitssektor, der Bildung und dem gesamten öffentlichen Dienst bedeutet. Dies vorzubereiten ist der tiefere Sinn der Propagandakampagne.

„Mehr Verantwortung“

Diese Debatte ist jedoch nichts Neues: Seit dem Antritt der dritten Merkel-Regierung vor fast einem Jahr wurde von allen Seiten ein aggressiver und forschender Diskurs für eine neue Außenpolitik laut. Die Formel „mehr Verantwortung auf der Welt zu übernehmen“ konnte man zu Beginn des Jahres auf der Münchener Sicherheitskonferenz aus dem Munde des Bundespräsidenten Joachim Gauck hören, der einige Monate später zum Anlass des 75. Jahrestages des Beginns des Zweiten Weltkrieges die russische Regierung scharf für ihre Ukraine-Politik kritisierte.

Auch auf der Generalversammlung der UNO Ende September wiederholte ein deutscher Regierungsvertreter diese Worte: Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) versprach unter anderem „große Anstrengungen“ als Teil der Militäroffensive gegen den Islamischen Staat (IS), nachdem es den Vereinigten Staaten gelungen war, eine „Allianz der Willigen“ zu schmieden.

Am 2. September wurden im Bundestag die Waffenlieferungen an die US-treuen Peschmerga beschlossen. Dies war zwar bei weitem nicht die erste Beteiligung an kriegerischen Auseinandersetzungen in den letzten 20 Jahren, aber markierte einen weiteren Schritt in Richtung einer „klassischeren“ imperialistischen Außenpolitik. Die Merkel-Regierung wendet sich deutlich vom noch vor drei Jahren beim NATO-Einsatz in Libyen recht zurückhaltenden Kurs ab und verlässt damit den Grundsatz der offiziellen Rüstungspolitik „Keine Waffen in Kriegsgebiete“.

Von der Leyen selbst hatte die katastrophale Ebola-Epidemie und den Vormarsch des IS dazu benutzt, die Notwendigkeit einer Einsatzarmee, die militärisch in diese Gebiete intervenieren kann, zu rechtfertigen. Damit will sie den Prozess, die



Bundeswehr in eine Interventionsarmee umzuwandeln, beschleunigen.

Widersprüche

Auf der einen Seite steht die für schwierige Interventionen vollkommen unzureichende militärische Beschaffenheit der Bundeswehr; auf der anderen die Bereitschaft und die dazu gehörige Rhetorik seitens der Regierung und der herrschenden Klasse, diese Einsätze durchzuführen und sich damit als Weltmacht zu präsentieren. Das sind die Widersprüche, die hinter der aktuellen Debatte stehen.

Diese strategische Offensive steht einerseits im Rahmen der kapitalistischen Krise, in der sich Deutschland durch die Unterwerfung der Massen in Süd- und Osteuropa unter seine Spardiktate hervortun konnte, und andererseits im beschleunigten Niedergang der weltweiten Hegemonie der USA.

Die Krise der Bundeswehr wirft eine Frage auf, auf die die Bourgeoisie selbst noch keine Antwort findet: Wie kann die internationale Situation dazu ausgenutzt werden, um eine neue Militärdoktrin durchzusetzen, die die geopolitischen Beziehungen zwischen den Nationen, besonders zu den USA, verändert?

Zur Zeit sind ihr noch materielle Grenzen gesetzt, die die Bourgeoisie immer schneller abzubauen versucht. Dies kann nicht auf einem friedlichen Wege geschehen, weshalb sich 100 Jahre nach dem Ausbruch des Ersten und 75 nach dem Beginn des Zweiten Weltkrieges die Bedingungen für eine Zeit von „Kriegen, Krisen und Revolutionen“ erneuern.

1. Johannes Leithäuser: Zur Sanierung verdammt. <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/maengel-bei-der-bundeswehr-zur-sanierung-verdammt-13180682.html>.

Es geht nach rechts...

Rechtstendenzen bei den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg

von **Mara Singer** (RIO, München)

AfD-Chef Bernd Lucke, konservativer Wirtschaftsprofessor, kann jetzt lachen.

Die Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg am 31. August und am 14. September haben Tendenzen fortgesetzt, die auch im bundesdeutschen Parteiensystem zu beobachten sind: Der Niedergang der FDP, parallel zum Aufstieg der AfD, und die Rechtentwicklung der Linkspartei, die sich mit sehr zahmen Wahlkämpfen auf eine Regierungsbeteiligung in Brandenburg und Thüringen vorbereitete. Diese Rechtstendenzen auf der Ebene der Wahlen fallen in eine Zeit, in der mit Streiks bei den LokführerInnen und bei Amazon das Paradigma der Sozialpartnerschaft erste Risse bekommt und der Klassenkampf an Fahrt gewinnt. Wir sehen also Tendenzen zur Polarisierung der Gesellschaft.

Gemeinsam war allen drei Landtagswahlen eine äußerst geringe Wahlbeteiligung von jeweils etwa 50%. Dahinter steht das Fehlen einer Alternative zu Kürzungen und Sozialabbau. Die Linkspartei wird kaum mehr als linke Alternative wahrgenommen. Dafür müsste sie soziale und demokratische Proteste sowie Arbeitskämpfe deutlich stärker unterstützen, anstatt sie in parlamentarische Bahnen zu lenken, und sie müsste eine klare Haltung gegen Regierungsbeteiligungen einnehmen. Die Logik des bürgerlichen Staates lässt eine Perspektive sozialer Kämpfe bei gleichzeitiger Regierungsbeteiligung nicht zu. Eine Regierung ist darauf angewiesen, die Wirtschaft am Laufen zu halten. Im kapitalistischen Staat bedeutet das, die Profite sicherzustellen, also die Kosten der Krise auf die ArbeiterInnen abzuwälzen.

Da eine ernsthafte Perspektive fehlt, lassen sich viele von der „Alternative“ von rechts, der AfD, mit ihrer frauenfeindlichen, nationalistischen und rassistischen Hetze ködern. Bei den drei Landtagswahlen konnte sie so jeweils 10-12% der Stimmen auf sich vereinigen. Dies zeigt eine langsame Rechtsbewegung auf Wahlebene. Auch wenn die NPD Verluste verzeichnete, so lässt sich nicht sagen, dass die

AfD nur auf Kosten der NPD gewachsen wäre. Ihre Stimmen kamen vor allem von enttäuschten WählerInnen der großen Parteien, darunter auch in nicht geringem Maße von der Linkspartei. Es ist allerdings anzumerken, dass die AfD momentan nahezu ausschließlich ein elektorales Projekt ist. Sie ist gegenwärtig nicht dazu in der Lage auf der Straße einen bedeutenden Einfluss auszuüben.

Zu ihrer Gründung stand bei der AfD die Skepsis gegenüber dem Euro und der EU im Vordergrund, vorangetrieben von bildungsbürgerlichen Schichten – allen voran dem Wirtschaftsprofessor Bernd Lucke, dem eine Synthese aus Neoliberalismus und Protektionismus vorschwebt. Mittlerweile ist in der Außendarstellung der AfD das reaktionäre Wirtschaftsmodell hinter die reaktionären gesellschaftspolitischen Anliegen zurückgefallen. Ausdruck davon war zum Beispiel der Wahlslogan „Wir sind nicht das Weltsozialamt“, der sich nahezu wortgleich bei der NPD findet. Während der Staat mit Abschiebungen die Spaltung der Lohnabhängigen vertieft, kann die AfD von den dadurch geschürten rassistischen Ressentiments profitieren.

Der Aufstieg der AfD und die rassistische Stimmung liegen auch an der Schwäche und Anpassung der Linken. Die Linkspartei verlor in allen Bundesländern – absolut gesehen – an Stimmen, in Thüringen konnte sie einen leichten relativen Zuwachs an Prozenten verzeichnen, der allerdings auch dadurch zu erklären ist, dass die SPD sich eine Regierungsbeteiligung sowohl als Juniorpartner der CDU, als auch der Linkspartei offen ließ, weswegen viele traditionell sozialdemokratische WählerInnen lieber gleich die Linkspartei wählten. Trotz der Aussicht auf den ersten linken Ministerpräsidenten war das Ergebnis mager, gar mit einem Verlust von 23.000 Zweitstimmen. Kein Wunder, hat Bodo Ramelow doch auch nichts anderes im Gepäck als gewöhnliche bürgerliche Politik. Schon im Wahlkampf kündigte er an, dass all seine Projekte unter Finanzierungsvorbehalt stünden – ausgenommen

immerhin die Schaffung von 5.000 neuen LehrerInnenstellen. Auch in den Koalitionsverhandlungen zeigte die Linkspartei, wie sehr sie bereit ist, sich für das Regieren anzupassen. Ihre Forderung nach der Abschaffung des Verfassungsschutzes gab sie ohne größeres Zögern auf. Hinzu kam das Zugeständnis an die Grünen, dass die DDR ein „Unrechtsstaat“ sei, womit die moralische Überlegenheit der BRD zum Ausdruck gebracht werden soll.¹

In Brandenburg wurde die Linkspartei für ihre Regierungsbeteiligung abgestraft. Dort hat sich die absolute Anzahl sowohl ihrer Erst-, als auch ihrer Zweitstimmen mehr als halbiert. Dies ist die Konsequenz für ihre Politik mit Stellenabbau im Öffentlichen Dienst, dem Sparkurs an den Unis und der Zustimmung zum Braunkohleabbau, die im Widerspruch zu ihrem eigenen Wahlprogramm steht. Trotzdem reichte es zusammen mit der SPD für die Mehrheit im Landtag, wodurch die Linkspartei weitere fünf Jahre als Juniorpartner Politik gegen die Jugend und ArbeiterInnen machen darf.

Ihre parlamentarische Praxis steht damit nur in einer kontinuierlichen Linie ihrer allgemeinen Rechtentwicklung. Mit ihrer pro-EU-Haltung überließ sie der AfD das Feld der Kritik an den undemokratischen Institutionen der EU. In wichtigen gesellschaftlichen Fragen, wie den Kämpfen der Geflüchteten, mobilisiert sie kaum auf die Straßen. In Arbeitskämpfen befolgt sie eine sozialpartnerschaftliche Linie. Und zur Frage der deutschen Außenpolitik haben Teile der Linkspartei mit der Zustimmung zum Bundeswehreinsatz im Mittelmeer ihre Anpassungsbereitschaft demonstriert. Gravierender noch fordern einige, unter anderem Gregor Gysi und Stefan Liebich, einen Kampfeinsatz in Syrien, getarnt als „humanitäre UN-Intervention“. Damit bereitet sich die Linkspartei weiter auf eine Regierungsbeteiligung im Bund vor.

1. Wladek Flakin: Was ist ein „Unrechtsstaat“? <http://www.klassegegenklasse.org/was-ist-ein-unrechtsstaat/>

Deutschlands Streben zurück zu einer Weltmacht

Der Mauerfall stärkte die imperialistischen Ambitionen der deutschen Bourgeoisie.

von **Stefan Schneider** (RIO, Berlin)

Nicht erst seitdem Bundespräsident Joachim Gauck im Februar dieses Jahres auf der Münchener Sicherheitskonferenz der NATO herausposaunte, dass Deutschland sich mehr einmischen müsse in der Welt – und zwar auch militärisch –, stehen die Zeichen des deutschen Imperialismus auf Expansion. Der Auftritt Gaucks und das mediale Säbelrasseln der letzten Monate, welches erst kürzlich in einer Kampagne für mehr Geld zur Aufrüstung der Bundeswehr und zur Stärkung der deutschen Rüstungslobby gipfelte, waren nicht etwa Ausdruck eines Kurswechsels im imperialistischen Projekt der deutschen Bourgeoisie. Vielmehr handelt es sich um einen weiteren Schritt in der Rückkehr des deutschen Imperialismus auf die Weltbühne seit dem Fall der Berliner Mauer vor 25 Jahren.

Der Mauerfall, der zu Beginn ein Symbol demokratischer Hoffnungen und Folge einer Massenbewegung auf den Straßen der DDR war, musste nicht zwangsläufig zur Wiederherstellung der imperialistischen Ambitionen der BRD-Bourgeoisie führen. Nach dem 9. November 1989 wurde der beginnende revolutionäre Prozess gegen das bürokratische Regime der DDR jedoch in die Irre geleitet und zu einer kapitalistischen, „demokratischen“ Konterrevolution geführt. So konnte dem Mauerfall ein Jahr später die sogenannte „Wiedervereinigung“ folgen, die allerdings weit davon entfernt war, eine freiwillige Union unter Gleichen gewesen zu sein. Vielmehr handelte es sich um eine Annexion einer armen (wenn auch nicht völlig wirtschaftsschwachen) Region und ihre forcierte Wiedereingliederung in das kapitalistische System und die imperialistische NATO-Front. Die Wiedervereinigung endete so letztlich im Sieg der kapitalistischen Konterrevolution über den stalinistischen Ostblock.

Dabei war die Massenbewegung in der DDR nicht gleichbedeutend mit dem Wunsch nach der erneuten Unterjochung unter kapitalistische Ausbeutungsverhältnisse. Vielmehr drückte sie – als Produkt der Krise im ganzen Ostblock und der Dekadenz der DDR-Bürokratie – genuine demokratische Forderungen aus, die der Stalinismus, der im Ostblock bürokratisch degenerierte ArbeiterInnenstaaten erschaffen hatte, nicht erfüllen konnte. Eine revolutionäre Partei hätte diese demokratischen Forderungen in eine politische Revolution gegen die Bürokratie führen müssen, doch stattdessen konnte sie der Imperialismus für seine Zwecke nutzen. Die Rolle der sowjetischen Bürokratie unter Gorbatschow kann in diesem Prozess nicht unterschätzt werden, denn schon 1986 hatte die sogenannte „Perestroika“-Politik Gorbatschows begonnen, den Weg zu einer kapitalistischen Restauration der bürokratischen Planwirtschaften zu ebnen.

Folge der Annexion waren für die Massen in der ex-DDR nicht etwa „blühende Landschaften“, wie es ihnen der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl versprochen hatte, sondern vor allem Inflation, Privatisierung, Deindustrialisierung und Arbeitslosigkeit. Noch heute verdienen die ArbeiterInnen in Ostdeutschland im Durchschnitt über 20% weniger als ihre KollegInnen im Westen (in der Privatwirtschaft sind es zum Teil sogar bis zu 40%, während die Löhne in der öffentlichen Verwaltung stärker angeglichen sind). Auch die Arbeitslosigkeit ist durch-

schnittlich fast doppelt so hoch.

Die Annexion der ehemaligen DDR bedeutete für den deutschen Imperialismus einen großen Sprung vorwärts in der Wiedererlangung einer wirtschaftlichen und politischen Macht, die nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs beschnitten worden war. Die Teilung des Deutschen Reichs durch die Alliierten in vier Besatzungszonen im Jahr 1945 hatte den Ansprüchen des deutschen Imperialismus einen großen Dämpfer versetzt. Doch die Westsektoren und die spätere Bundesrepublik konnten durch die massive Subventionierung durch den US-Imperialismus mittels Marshall-Plan und anderen Instrumenten schnell wieder an wirtschaftlicher Stärke gewinnen, die im sogenannten „Wirtschaftswunder“ ihren Ausdruck fand. Im sowjetischen Sektor bzw. der späteren DDR konnte die wirtschaftliche Erholung, vor allem auf Grund der Kriegszerstörung in der Sowjetunion, die eine wirtschaftliche Hilfe für die DDR schwieriger machte, nicht ganz so schnell vonstatten gehen. Doch die Systemkonkurrenz sorgte auf beiden Seiten der Grenzen, vor allem in Westdeutschland, für große Zugeständnisse an die arbeitenden Massen. Die Lohnentwicklung der 50er und 60er Jahre in Westdeutschland wäre ohne den politischen Druck, den die schiere Existenz eines nicht-kapitalistischen Staates auf der anderen Seite der Grenze ausübte, undenkbar gewesen. Gleichzeitig wurden die Lohnforderungen des DDR-Proletariats zum Teil blutig niedergehalten, wie die Zerschlagung des ArbeiterInnenaufstandes am 17. Juni 1953 durch sowjetische Panzer beispielhaft aufzeigt.

Die Annexion der DDR hatte unmittelbare Auswirkungen auf die westdeutsche Wirtschaft. Schon seit Amtsantritt hatte die Kohl-Regierung ein ähnliches neoliberales Privatisierungsparadigma wie Reagan in den USA und Thatcher in Großbritannien verfolgt, um die Wirtschaft umzustrukturieren, die mit der Weltwirtschaftskrise ab 1973 die Grenzen ihres Wachstums aufgezeigt hatte. Mit der Angliederung der DDR-Gebiete an den westdeutschen Wirtschaftsraum ergaben sich ganz neue Märkte und Investitionsmöglichkeiten, wie durch die rasante Privatisierung ehemaliger Staats- und Genossenschaftsbetriebe zu Billigpreisen und die plötzliche Existenz eines riesigen Niedriglohnheers, welches bis heute den Preis der Ware Arbeitskraft im internationalen Vergleich auf einem sehr geringen Niveau hält. Die damals begonnene Politik gipfelte dann 2003/04 in der Agenda 2010, die eine beispiellose Prekarisierung und Verschlechterung der Lebensbedingungen breiter Massen bedeutete. Die deutsche Einheit stellte damit einen zentralen Baustein im langfristigen Projekt des deutschen Imperialismus dar, einen einheitlichen europäischen Binnenmarkt zu beherrschen. Mit der Weltwirtschaftskrise seit 2008 ist er einerseits diesem Ziel näher gekommen als je zuvor, gleichzeitig wurden die Grenzen eines solchen europäischen Projekts unter deutscher Führung mehr als deutlich.

Auch politisch war mit der Einheit die Zurückhaltung seit dem Zweiten Weltkrieg im Prinzip vorbei. Für die deutsche Bourgeoisie bedeutete das Ende der Teilung die Rückkehr auf die politische Weltbühne. Gleichwohl war klar, dass Deutschland nicht über Nacht aus dem Schatten der USA und Frank-

reichs heraustreten würde. Das Verhältnis zu den anderen imperialistischen Mächten, die in Folge der Kriegsniederlage schwache militärische Ausgangslage, sowie die antimilitaristische Tradition in der deutschen Bevölkerung (in West wie Ost) machten eine sofortige Rückkehr zum deutschen Militarismus – die auch finanziell kaum tragbar gewesen wäre – schwer durchsetzbar. Gleichwohl begann bereits unmittelbar nach der Wiedervereinigung eine Debatte über Bundeswehreinätze außerhalb der NATO-Gebiete. Schon im Zweiten Golfkrieg und der Operation *Desert Storm* im Jahr 1991 wurden deutsche Kampftruppen eingesetzt, es folgten in den 90er Jahren Einsätze auf dem Balkan, in Somalia und anderen Ländern. Im Jahr 1999 war die Bundeswehr führender Akteur im Kosovo-Krieg und seit dem 11. September 2001 ist sie regelmäßig im Nahen und Mittleren Osten präsent.

Die Debatten dieses Jahres um eine Intervention in der Ukraine und in Syrien stellen – neben dem Kosovo-Krieg – die bisherigen Höhepunkte des Strebens nach mehr militärischem Engagement dar. Doch sie zeigten auch die Widersprüche des deutschen Imperialismus auf: Deutschland ist inzwischen zu stark, um sich ohne weiteres den Diktaten der USA unterzuordnen, allerdings weiterhin zu schwach, um eine völlig eigenständige Rolle spielen zu können. Das führt auch zu Spannungen

innerhalb der herrschenden Klasse der BRD, wie sie gerade in der Ukraine-Krise sichtbar wurden und sich immer mehr vertiefen: Während ein Teil der deutschen Bourgeoisie eine stärkere Konfrontation gegenüber Russland fordert, ist ein anderer um seine Profite besorgt. Zudem bekundet die Regierung immer wieder einen stärkeren militärischen Anspruch, ließ aber noch vergleichsweise wenige Taten folgen – selbst die Aufrüstung der Bundeswehr zu einer Interventionsarmee stockt noch. Und so bleibt Deutschland auf internationaler Ebene stärker in einer vermittelnden Rolle, die allerdings aufgrund widerstreitender Interessen immer schwieriger wird, sodass sich die Frage stellt: Wie lange noch?

Eines ist jedenfalls heute, 25 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer, mehr als deutlich: Weit davon entfernt, der Bevölkerung auf beiden Seiten der Mauer „blühende Landschaften“ zu garantieren, stellte die deutsche Einheit den zentralen Schritt zur Wiederherstellung des deutschen Hegemonieprojekts dar – auf Kosten der breiten Masse der Bevölkerung in Deutschland, Europa und der Welt. Was Karl Marx damals in Bezug auf die gescheiterte 1848er Revolution analysierte, könnte für den Fall der Mauer und seine Auswirkungen bis heute nicht richtiger sein: Die herrschende Klasse antwortete „auf die halbe Revolution mit einer ganzen Konterrevolution.“

War die DDR sozialistisch?

Die Deutsche Demokratische Republik wurde 1949 im ehemaligen sowjetischen Besatzungssektor gegründet. Anders als der erste ArbeiterInnenstaat weltweit – die Sowjetunion – ging die DDR nicht aus einer Revolution hervor, sondern wurde in letzter Instanz von oben, nach den Vorstellungen des stalinistischen Parteiapparats der KPdSU und seinen VasallInnen in der DDR, bürokratisch gegründet: nicht auf der Grundlage eines ausgedehnten demokratischen Rätessystems, sondern als Diktatur einer Partei, die über eine bürokratische Planwirtschaft herrschte.

Dabei war es keineswegs vorbestimmt, dass die DDR gleich als degenerierter bzw. deformierter ArbeiterInnenstaat zur Welt kommen würde. Im Deutschland der Nachkriegszeit herrschte durchaus ein revolutionärer Geist in Teilen der ArbeiterInnenklasse. Doch die großflächige Zerschlagung der deutschen ArbeiterInnenbewegung durch den Faschismus, die Niederhaltung und Schwächung der sozialistischen Tendenzen durch die imperialistischen Alliierten, sowie die mächtige stalinistische Bürokratie, die durch die Befreiung Deutschlands vom Faschismus eine Legitimität in der ArbeiterInnenklasse wiedererlangt hatte – trotz der verräterischen und mörderischen Rolle, die der Stalinismus im Spanischen BürgerInnenkrieg, in den politischen „Säuberungen“ in der

Sowjetunion, aber auch im Aufstieg des Faschismus in Deutschland selbst gespielt hatte –, verunmöglichten die Etablierung einer rätedemokratischen Perspektive des Sozialismus, die die besten Elemente der russischen Oktoberrevolution auf höherer Grundlage in Deutschland hätte aufbauen können. Auch sorgte die Kriegszerstörung in der Sowjetunion für eine ungleich schlechtere Ausgangslage zur wirtschaftlichen Unterstützung der späteren DDR, als sie die imperialistischen Mächte für die spätere BRD gewährleisten konnten.

So wurde in der DDR eine bürokratisch geführte Planwirtschaft, durchgesetzt von einer Kaste von privilegierten ParteifunktionärInnen, etabliert, die weit entfernt von einem wirklichen Pfad zur klassenlosen Gesellschaft, zum Kommunismus, war. Nichtsdestotrotz war die Gründung der DDR mit einer großen Bandbreite an sozialen Errungenschaften verbunden, beginnend mit der Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln und somit der Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise. Darauf aufbauend konnte die DDR, obwohl sie nicht ansatzweise dieselben materiellen Mittel wie die durch den Marshall-Plan und ähnliche Projekte finanzierte BRD-Ökonomie verfügte, einen erstaunlichen Wiederaufbau der kriegszerstörten Industrie und Infrastruktur leisten. Universeller Zugang zu Arbeit,

Bildung, Gesundheitsversorgung, die fast völlige Abwesenheit von Arbeitslosigkeit, eine weitaus gleichberechtigte Stellung von Frauen als im Westen, waren weitere Errungenschaften, um nur einige zu nennen.

Die Schattenseiten lagen in der bürokratischen Mangelwirtschaft, die insbesondere gegenüber dem „Wirtschaftswunder“ BRD immer stärker ins Hintertreffen geriet; in den bürokratisch vorgegebenen Arbeitsnormen, gegen die sich beispielsweise am 17. Juni 1953 die ostdeutsche ArbeiterInnenklasse erhob und eine revolutionäre Übergangsregierung forderte, bevor sie von sowjetischen Panzern niedergeschlagen wurde; in der Ausschaltung jeglicher politischer Opposition, insbesondere seit dem Bau der Berliner Mauer; und im Allgemeinen in der großflächigen Abwesenheit wirklich demokratischer Organisations- und Entscheidungsformen, die einen Schritt hin zum Absterben des Staates hätten sein können.

Die DDR war eine bürokratische Diktatur, allerdings auf der sozialen Grundlage der Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln. Diese Grundlage hätte 1989/90 mittels einer politischen Revolution gegen die DDR-Bürokratie und gegen die Expansion des westdeutschen Imperialismus verteidigt werden müssen, in der Perspektive einer vereinigten sozialistischen Räterepublik in Deutschland. *ssch*

Kurze Geschichte des Mauerfalls

von **Stefan Schneider** (RIO, Berlin)

Unmittelbarer Anlass des Mauerfalls, der zum Zusammenbruch des stalinistischen Regimes führte, waren demokratische Fragen wie der Wahlbetrug im Frühjahr 1989 und die Forderungen nach Reisefreiheit, Pressefreiheit, Organisationsfreiheit usw. Ende der 1980er hatte sich darauf aufbauend eine Oppositionsbewegung entwickelt, die im Sommer und Herbst 1989 an Masse gewann. Demgegenüber stand die Frage der Wiedervereinigung zunächst nicht im Vordergrund der Proteste.

Im Hintergrund der demokratischen Forderungen lag jedoch die wirtschaftliche Entwicklung der DDR, die sich immer mehr in der Krise befand, sowohl bezüglich der Produktivität als auch bezüglich der Lebensbedingungen, die längst nicht mehr mit den Entwicklungen im Westen mithalten konnten. Die demokratischen Proteste gegenüber der politischen Krise der SED waren somit auch untrennbar mit den wirtschaftlichen Problemen des Landes verbunden.

Die Krise in der DDR war jedoch nur ein Teil einer wirtschaftlichen und politischen Krise im gesamten Ostblock. Die sowjetische Bürokratie unter Gorbatschow hatte schon ab 1986 mit der Politik der „Perestroika“ erste Schritte hin zu einer kapitalistischen Restauration begonnen. Dies erklärt auch, warum es von Seiten der Sowjetbürokratie und der DDR-Bürokratie wenig Widerstand gegen den Druck seitens des Westens zu einer vollständigen kapitalistischen Restauration gab.

Ende 1989 war diese Frage jedoch noch nicht endgültig entschieden. Aber dass die wirtschaftliche und politische Krise in der DDR nicht ohne eine Einheit mit der ArbeiterInnenklasse im Westen auf progressive Art und Weise, d.h. ohne Rückkehr zum Kapitalismus, gelöst werden konnte, liegt auf der Hand. Die wirtschaftliche, soziale und politische Zukunft der DDR-Gesellschaft bewegte sich also schnell im Rahmen der Frage der Vereinigung: Sollte sie auf kapitalistischer Grundlage geschehen, oder auf Basis einer vereinigten sozialistischen Räterepublik? Ein Weiterführen der bürokratischen Planwirtschaft im engen DDR-Rahmen war jedenfalls nicht mehr realisierbar.

Die demokratische Opposition in der DDR stellte diese Frage jedoch nicht oder nur auf der Grundlage eines „Dritten Wegs“, der planwirtschaftliche und kapitalistische Elemente miteinander verbinden sollte. Auch politisch ging es allenfalls um eine Reform des bürokratischen SED-Regimes, nicht um die Lo-

sung einer politischen Revolution zum Sturz der Bürokratie und zur Etablierung eines demokratischen Rätessystems.

Ende 1989 wurden aufgrund des Drucks der Massen sogenannte „Runde Tische“ eingerichtet, die letztlich zur Entmobilisierung der Massen auf der Straße und zur Orientierung auf eine bürgerlich-parlamentarische Volkskammerwahl beitrugen.

Dennoch befand sich die DDR in einer tiefen politischen Krise, die einen revolutionären Ausgang hätte nehmen können. Die Massen waren noch bis November auf dem Vormarsch: Am 4. November gingen in Berlin eine halbe Million Menschen auf die Straße, am 9. November fiel die Mauer, und knapp einen Monat später trat das Politbüro der SED geschlossen zurück. Damit war die kapitalistische Restauration und Annexion der DDR noch nicht besiegelt. Doch es gab keine Kräfte mit realem Einfluss, die eine revolutionäre Perspektive vertraten, d.h. die die notwendige Losung „Ja zur Massenbewegung gegen die stalinistische Bürokratie! Nein zum Kapitalismus!“ aufstellten. So führte die „halbe Revolution“ zu einer „vollen Konterrevolution“.

Denn die bürgerlichen Parteien in Westdeutschland, vor allem die konservative Regierungskoalition von Helmut Kohl, ergriffen die Chance, eine Wiedervereinigung auf kapitalistischer Grundlage durchzusetzen, die auch eine langfristige strategische Neupositionierung des deutschen Imperialismus im Weltmaßstab bedeuten würde. Auch die abstentionistische Politik der westdeutschen Linken trug dazu bei, dass dieser Perspektive kein Widerstand entgegentrat. Und so stand auch bei der Volkskammerwahl im Frühjahr 1990 keine größere Partei zur Wahl, die der Perspektive einer kapitalistischen Restauration etwas entgegensetzte.

Schon vor der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 wurden die entscheidenden Weichen gestellt, wie die Einrichtung der Treuhand, die die Privatisierung und Abwicklung der verstaatlichten DDR-Betriebe vornahm, und die Wirtschafts- und Währungsunion ab Juli 1990 setzte den Sargnagel in den degenerierten ArbeiterInnenstaat. Damit war den Angriffen auf die Arbeits- und Lebensbedingungen des Proletariats in West- und vor allem Ostdeutschland Tür und Tor geöffnet. Die soziale Konterrevolution hatte gesiegt. Damit bewahrheitete sich im Endeffekt die traurige Vorhersage Leo Trotzki,

dass die stalinistische Bürokratie – wenn sie nicht von einer politischen Revolution gestürzt würde – den Weg der kapitalistischen Restauration einschlagen muss.



Ende des Streikrechts?

Die Streiks von GDL und Vereinigung Cockpit dienen als Munition für den Feldzug gegen das Streikrecht. Wir ArbeiterInnen müssen aus der Deckung kommen!



von **Victor Jalava** (RIO, Berlin)

Aktuell finden Streiks bei der Deutschen Bahn und Lufthansa statt. Die PilotInnen der Vereinigung Cockpit streiken vor allem gegen die Angriffe des Lufthansa-Managements auf Betriebsrenten und Übergangsversorgungen. Bei der Deutschen Bahn AG erklärte der Konzern die Tarifverhandlungen für das Zugpersonal für gescheitert – mit Verweis auf ein mögliches Tarifeinheitsgesetz. Provoziert wurden die jetzigen Streiks also von den Konzernspitzen. DGB-Gewerkschaften – ver.di und insbesondere die EVG – schwächen diese Streiks. Man muss nicht Jack Londons „Streikbrecher“ zitieren, um dies als Verrat zu verurteilen. Besonders die Streitigkeiten zwischen den Apparaten von GDL und EVG sind enorm schädlich für die KollegInnen. Nur eine gewerkschaftliche Einheit im Kampf kann die Vorstöße der Konzerne zusammenbrechen lassen – doch dazu bedarf es der praktischen Solidarität!

Die Tarifeinheit

Die Attacken der Konzerne auf der ökonomischen Ebene des Klassenkampfes sind zugleich Teil von größeren Angriffen des Kapitals auf der politischen Ebene: Die KapitalistInnen machen Druck für Einschränkungen des Streikrechts. Der Kleinbürger Detlef Esslinger schimpfte beispielsweise: „Kein Bahn- und kein Lufthansa-Kunde weiß, ob er sich auf eine Buchung verlassen kann, und niemand zählt mehr, zum wievielten Mal eigentlich Millionen Menschen sich von ein paar Zehntausend Streikhanseln diktieren lassen müssen.“ Doch zu seinem Glück sieht der Schreiberling „derzeit eine ganz große Koalition aus CDU, CSU, SPD, Arbeitgeberverbänden und klammheimlich auch dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB)“, die

solch kämpferischem Treiben einen Riegel vorschieben will.¹

Eine weitgehend reibungslose Verteidigung der Profitraten setzt eine schwache ArbeiterInnenbewegung voraus. Ein Verhindern von Alternativen zu korruptierten Gewerkschaftsapparaten, dazu das Unterbinden eines Wettkampfes verschiedener Gewerkschaftsapparate um Mitglieder – das erschwert den Widerstand gegen Lohnsenkungen, Entlassungen und Betriebsschließungen. Insbesondere aber ein weiter eingeschränktes Streikrecht stärkt die Position der besitzenden Klassen gegen die ArbeiterInnen. Dies ist eine internationale Agenda: Im Spanischen Staat wurden die FluglotsInnen unter militärischem Druck zur Arbeit gebracht. Und in Griechenland ist die Phase der Mobilisierung der ArbeiterInnen auch durch eine Reihe von Einschnitten in das Streikrecht vorläufig beendet worden.

Die Pläne zur gesetzlichen Regelung der „Tarifeinheit“ sind deshalb aus dem Wunsch heraus geboren, die Ruhe und Ordnung in der deutschen ArbeiterInnenklasse zu sichern. Der dem Kapital treu dienende Münchener Arbeitsrechtler Richard Giesen erklärte den Sinn der Gesetzespläne so: „*Steuert die Politik nicht gegen, wird die Zahl der Streiks vor allem in großen, arbeitsteilig und kapitalintensiv wirtschaftenden Unternehmen steigen. Bestimmte Funktionseliten können Betriebe in unserer vernetzten Ökonomie mit minimalem Aufwand nahezu stilllegen. Die Konkurrenz der Spartengewerkschaften zwingt auch etablierte DGB-Gewerkschaften, ihre Aggressivität zu erhöhen.*“²

1. Detlef Esslinger: Die Streikhanseln. <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/gewerkschaften-die-streikhanseln-1.2157321>.

2. Nahles-Pläne zur Tarifeinheit. <http://www.wiwo.de/politik/deutschland/nahles-plaene-zur-tarifeinheit-jahrelange-verfahren-und->

Die Bürokratie

Diesem Zwang wollen die DGB-Führungen entgegenwirken. Streiks, generell Bewegungen an der Basis, verunsichern die Apparate. Streikfeindlichkeit dient nicht nur dem Reichtum der KonzernbesitzerInnen, sondern auch dem Prestige der GewerkschaftsbürokratInnen, deren verhandelnde, taktierende Rolle damit wichtiger erscheint und deren Privilegien damit begründbar werden. Deswegen die Unterstützung der Gewerkschaftsspitzen für die Tarifeinheits-Gesetzgebung.

Diese Unterstützung ist allerdings inzwischen weniger offen. Die Arbeitsministerin Nahles wollte ursprünglich die „Tarifeinheit“ im Paket mit dem Mindestlohn durchwinken. Davon nahm sie wieder Abstand, winkte aber unbemerkt dennoch einen Angriff durch: Gewerkschaften können nun schneller gerichtlich ihres Gewerkschaftsstatus' beraubt werden. Doch auch die größere Attacke der Regierung auf das Streikrecht ist aktuell. Ministerin Nahles will noch dieses Jahr einen Gesetzentwurf vorlegen.

Die Initiative „Hände weg vom Streikrecht!“ spielt eine wichtige Rolle, die kritische Diskussion in die Gewerkschaften zu tragen. Ohne sie wäre auf der Konferenz „Erneuerung durch Streik“ das Thema Streikrecht gar ausgeklammert worden! Das zeigt, dass es nicht nur im öffentlichen Bewusstsein noch zu wenig Verständnis ob der Gefahr gibt. Dabei wird in juristischen Kreisen über eine Vielfalt von Einschränkungen diskutiert, beispielsweise über ein Streikverbot in Verkehrsunternehmen und Krankenhäusern, wo der Rentabilitätswahn Kämpfe besonders notwendig macht. Diese breite Offensive gegen unsere Rechte wird durch eine weiterhin schwache Abwehrhaltung unsererseits nicht gestoppt werden können.

Wo ist die Front der Kräfte, die in Parlamenten und auf verschiedenen Gewerkschaftskongressen das Recht auf politischen Streik für notwendig erklärten? Wäre es für all jene von uns, angesichts des rechten Ansturms gegen das Streikrecht, nicht an der Zeit, sich zumindest vor Ort in Komitees zu versammeln? Unsere Gegenoffensive ist überfällig. Unsere Losung ist nicht neu, aber von großer Aktualität: Einheit der Gewerkschaften! Politischer Streik!

nachzahlungen-moeglich/10280018.html

Kitas werden bestreikt

Was bedeuten die kommenden Tarifverhandlungen im Sozial- und Erziehungsdienst?

von **Aaron Meinhard** (RIO, Berlin)

Hetze gegen Streiks läuft meist nach einem einfachen Muster ab: Bürgerliche Medien unterstellen den KollegInnen, sie verdienten doch ganz gut und überhaupt ginge es AltenpflegerInnen oder ErzieherInnen viel schlechter. Das Maulheldentum der Kommentarspalten wird sich aber wohl kaum noch daran erinnern, wenn Anfang des nächsten Jahres gerade die ErzieherInnen ebenfalls für ihre Interessen eintreten.

Die KollegInnen im Sozial- und Erziehungsdienst können sich nämlich in der Tat kaum für paradiesische Arbeitsbedingungen bedanken. Brutto verdienen sie etwa 2.000 Euro im Monat im Durchschnitt, fast ein Drittel verdient weniger, dabei arbeiten viele in Teilzeit und mit befristeten Verträgen. Laut einer Umfrage des DGB ist die Arbeit so belastend, dass nur 13% der KollegInnen nach Dienstende keine gesundheitlichen Beschwerden haben.¹ Jetzt schon kommt in deutschen Kindergärten etwa ein ErzieherIn auf knapp sechs Kinder. In allen Altersgruppen betreuen die KollegInnen mehr Kinder als empfohlen.² Dabei fehlt aber immer mehr Berufstätigen die Möglichkeit, ihre Kinder in die professionelle Betreuung einer KiTa zu geben.

97% Frauen

Letzteres ist aber durchaus nicht der einzige Grund, warum die kommenden Auseinandersetzungen mit den Kapitalistinnen eine gesellschaftliche Bedeutung haben. So sind – je nach Schätzung – etwa 97 % der KollegInnen Frauen. Die Arbeit der ErzieherInnen ist ein deutliches Beispiel nicht nur für das weibliche Gesicht der Prekarisierung, sondern auch dafür, in welchem Maße sexistische Unterdrückung dazu dient, Reproduktionsarbeit für das Kapital möglichst kostenneutral zu gestalten. Die Auseinandersetzungen haben also auch eine Bedeutung für die „Care-Debatte“, die

in feministischen Kreisen diskutiert wird.

Für die KollegInnen gilt, arbeiten sie im öffentlichen Dienst, nicht nur der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TvöD), sondern ebenfalls die Entgeltordnung des Sozial- und Erziehungsdienstes (EGO SuE). Die EGO, die die Einstufung und damit die Entlohnung der verschiedenen Tätigkeiten und (Dienst-)Altersgruppen regelt, kann 2015 erstmals gekündigt werden. Dann kann sie neu verhandelt werden – es stehen also Tarifverhandlungen an.

Dabei beabsichtigt die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) zum Einen etwa eine höhere Eingruppierung und damit Bezahlung der ErzieherInnen einzufordern, zum Anderen eine Berücksichtigung moderner Berufsbilder in den Sozial- und Erziehungsdiensten.

Unsere Ziele?

Um das zu bestimmen, haben sich die zuständigen BürokratInnen der GEW bereits während der Tarifrunde 2014 des Öffentlichen Dienstes in Klausur begeben und Fakten geschaffen. Erst jetzt wollen sie „die Diskussion in den Einrichtungen anstoßen“ über die Fragen „Was sind unsere Ziele? Was müssen wir tun, um diese zu erreichen?“³ Es ist richtig und wichtig, dass der Kampf so breit wie möglich von den KollegInnen diskutiert wird. Notwendig wäre es aber, dass von Anfang an die KollegInnen selbst demokratisch bestimmen, welche Forderungen wie an die kommunalen Bosse gestellt werden.

Freilich – das würde eine eigenständige, kämpferische Aktivität der Basis bedingen. Am Ende ist aber genau das nicht im Interesse des GEW-Apparates. Dessen Perspektive ist eine ganz andere: Statt massive Mobilisierungen und Kampagnen – auch in Richtung beispielsweise von Eltern oder Auszubildenden – fordert die GEW „seit langem, den Erzieherberuf als qualifizierten pädagogischen Beruf anzuerkennen, ihn z. B. durch eine Hochschulausbildung aufzuwerten und entsprechend zu bezahlen.“⁴ Man fordert also verstärkte soziale Selektion beim Zugang zum Beruf – und impliziert im gleichen Atemzug die heute arbeitenden KollegInnen wären nicht hoch qualifiziert

und würden keine gute Arbeit machen. Notwendig wäre im Gegenteil zu kämpfen und all denjenigen, die den Beruf der Erzieherin/des Erziehers ergreifen wollen, diese Möglichkeit zu geben. Denn heute ist der Zugang schon stark limitiert: In der rein schulischen Ausbildung bekommen die Auszubildenden kein Gehalt. Sie müssen sich mit Bafög, Zahlungen der Eltern oder Nebenjobs über dem Wasser halten.

Auch im Sinne eines Bündnisses, um die kommende Streikfront der KollegInnen zu stärken, könnte gemeinsam mit ErzieherInnen in Ausbildung deswegen die Perspektive einer bezahlten Ausbildung eingefordert werden – gleichzeitig mit der massiven Schaffung von Arbeitsplätzen, die zum Einen eine Reduktion der Belastung für die KollegInnen bedeuten, zum Anderen einen gemeinsamen Kampf mit Eltern für eine Ausweitung von kostenlosen KiTa-Plätzen ermöglichen würde.

Noch zu wenig

Bisher lässt sich feststellen, dass die Bürokratie der GEW noch zu wenig bewegt. Der Kampf der SozialarbeiterInnen und ErzieherInnen besitzt eine gewaltige Bedeutung. Ausreichende und gut bezahlte ErzieherInnen zu haben, liegt im Interesse aller, die heute teilweise verzweifelt nach Kindergartenplätzen suchen. Zum Anderen ist ein Kampf gegen die unterirdischen Arbeitsbedingungen in der hauptsächlich von Frauen getragenen Reproduktionsarbeit letztlich nicht nur ein ökonomischer Kampf, sondern ein höchst politischer Kampf gegen sexistische Überausbeutung.

Kommt es zu Streiks, werden die KollegInnen seitens der bürgerlichen Presse und des Staates mit erpresserischer Propaganda konfrontiert werden, sie ließen die Kinder allein, und ähnliches. Deswegen ist es notwendig, eine breite Solidaritätsbewegung aufzubauen. Studierende, Eltern, Auszubildende, klassenkämpferische FeministInnen können gemeinsam mit den KollegInnen im nächsten Jahr den Kampf im Sozial- und Erziehungsdienst zum Erfolg machen.

Wir wollen revolutionäre Gruppen, feministische Gruppen und Gewerkschaftsjugendgruppen heute aufrufen, mit uns zu diskutieren, was getan werden kann und muss, um eine solche Bewegung auf die Beine zu stellen.

1. GEW: Wie Erzieherinnen ihre Arbeitsbedingungen beurteilen. http://www.gew.de/Binaries/Binary40336/Brosch%C3%BCre_DGB-index_Arbeitspapier_Erzieherinnen-kurz%20%C3%BCbera..pdf.

2. Dr. Karsten Herrmann: Personalschlüssel / Fachkraft-Kind-Relation. <http://nifbe.de/component/themensammlung/item/55-themensammlung/rahmenbedingungen/personal-tarife/9-personalschluesel>

3. Bernhard Eibeck: Mehr Geld. E+W 03/2014

4. GEW. Ebd.

Erneuerung von oben

Wie viel „Erneuerung“ steckte in der Hannoveraner Streikkonferenz?

von **Victor Jalava** (RIO, Berlin)

Am 3. Oktober fanden die zentralen Feierlichkeiten zur deutschen Wiedervereinigung in Hannover statt. Merkel, Gauck und Co. feierten den Siegeszug des deutschen Kapitals gegen die Errungenschaften der ArbeiterInnenbewegung. Dass unsere Klasse sich von der Epoche der bürgerlichen Restauration erholen wird und die besten Traditionen ihres Kampfes erneuert wird, ist sicher. In wie weit die Konferenz „Erneuerung durch Streik II“, die vom 2.-4. Oktober ebenfalls in Hannover stattfand, ein großer Schritt in dieser Richtung war, steht auf einem anderen Blatt.

Proudly presented by...

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung, der ver.di Bezirk Hannover/Leine-Weser und das ver.di Bildungswerk Hannover waren die GastgeberInnen der Konferenz. Die Vorgängerkonferenz Anfang 2013 hatte in Stuttgart als Kooperation von RLS und ver.di Stuttgart stattgefunden.¹ Die politische Organisation lag allerdings auch dieses Mal maßgeblich in der Hand des post-trotzkistischen Netzwerks Marx21. Diese Gruppe ist eine der konsequentesten Ausdrücke des Phänomens der politischen Anpassung revolutionärer Organisationen an den Reformismus. Dazu gehört, dass die sich als LeninistInnen verstehenden GenossInnen lieber von „sozialer Transformation“ denn von sozialistischer Revolution reden und in der Linkspartei Mandate und Positionen im Apparat bekommen, vor allem bei Linke.SDS und der RLS. Von diesem Standort aus versucht Marx21 nun (und das kann man den GenossInnen immerhin zugute halten) auf die ArbeiterInnenbewegung Einfluss zu nehmen.

1. Mark Turm/Victor Jalava: Eine Konferenz für die Bürokratie. In: Klasse Gegen Klasse Nr. 6. <http://www.klassegegenklasse.org/eine-konferenz-fur-die-burokratie/>.

So entsprachen soziale Struktur und Inhalte der Konferenz auch weitgehend der Ausrichtung von Marx21. Unter den über 600 TeilnehmerInnen waren neben AkademikerInnen vor allem linke Teile der unteren und mittleren Gewerkschaftsbürokratie. Doch neben AktivistInnen von Gruppen der gewerkschaftlichen und radikalen Linken waren eben auch einige kämpferische ArbeiterInnen da. Dies machte die Konferenz zu einer Gelegenheit der Vernetzung, die es sonst selten gibt. So konnten VertreterInnen des Kampfes bei Amazon überregional zusammenkommen. Auch wichtige Schritte zu einer bundesweiten Solidaritätsstruktur für diese zentrale Klassenaus-einandersetzung in Deutschland wurden gemacht. Weitere Kämpfe wurden bekannter gemacht, wie der für eine Personalbemessung beim Berliner Uniklinikum Charité oder die anstehenden Tarifrunden bei Einzelhandel und ErzieherInnen.

Einige Beschlüsse

Außerordentlich wichtig war die Beschäftigung mit der Frage der geflüchteten KollegInnen. Unter dem Eindruck der gewaltsamen Räumung von geflüchteten KollegInnen aus dem Berliner Gewerkschaftshaus wenige Stunden vor Konferenzbeginn, war diese Frage auf das Konferenzpodium gekommen. Geflüchtete sudanische KollegInnen vom Protestcamp in Hannover, Asuko Udo (Mitglied von „Lampedusa in Hamburg“ und ver.di) und Peter Bremme (Leiter Fachbereich 13, ver.di Hamburg) kamen zu Wort und die Solidarität wurde greifbar. Die vorgestellte eigene verfasste Erklärung hätte man leicht sofort als Resolution beschließen können. Der Versuch, die Erklärung zum Konferenzabschluss zu machen, wurde dann aber aus angeblichen Zeitgründen abgeblockt.

Eine Resolution gegen die Einschränkung des Streikrechts dagegen wurde schnell und einstimmig beschlossen. Dies bedeutet einen Schritt voran im Vergleich

zur Stuttgarter Konferenz, wo gemeinsame Beschlüsse als unmöglich deklariert wurden. Kaum eine Rolle mehr spielte in Hannover jedoch die Diskussion über „Partizipation“ der Streikenden an den Entscheidungen des Streiks, die in Stuttgart eine Kernfrage war. Diese Diskussion birgt Sprengkraft in sich für die Illusion der trauten linken Einheit, inklusive der linken Gewerkschaftsbürokratie. Diese scheinbare Einheit wurde professionell inszeniert. Nutzbar war die Streikkonferenz dennoch.

Welche Perspektiven?

Wir müssen die Möglichkeiten, aber auch die Grenzen der aktuellen „Erneuerung“ in den Gewerkschaften genau einschätzen. Die Konferenz in Hannover hat gezeigt, dass sich langsam ein linker Flügel im Gewerkschaftsapparat konsolidiert, vor allem innerhalb von ver.di. Das hat verschiedene Gründe, wie die stärkeren Tendenzen zu Arbeitskämpfen, die in den letzten Jahren gerade prekäre Dienstleistungsbereiche erfasst haben. Diese neue Generation von größtenteils unteren und mittleren GewerkschaftsfunktionärInnen steht auch selbst unter einem materiellen Druck, den eine kämpferischere Basis stärker nutzen kann.

Insofern ist diese Entwicklung ein Zeichen für größere Auseinandersetzungen, auf die kämpferische ArbeiterInnen und RevolutionärInnen sich vorbereiten müssen. Doch wir dürfen uns nicht der Illusion hingeben, dass kämpferische linke BürokratInnen nicht mindestens den selben materiellen Druck von oben erfahren. Gewerkschaften stehen bei schärfer werdenden Klassenaus-einandersetzungen entweder auf der Seite des Kapitals oder des Proletariats. Daran ändern auch kämpferische FunktionärInnen nichts, solange ihnen keine klassenkämpferische und antibürokratische Basis entgegensteht. Deshalb müssen RevolutionärInnen die aktuellen Entwicklungen in der deutschen Gewerkschaftslandschaft genau beobachten und für den Aufbau einer solchen Strömung nutzbar machen.

Was ist die Gewerkschaftsbürokratie?

von **Friedrich Jäger** (RIO, München)

The Guardian fragt jede Woche Leute, was sie „wirklich denken“. Welche kleinen und großen Geheimnisse sie in Hobby, Beziehung oder Beruf mit sich herum tragen. Kommt es zu einem Gewerkschaftssekretär, gesteht der: „Ich habe ein sehr gutes Gehalt, wenig Beaufsichtigung und einen Dienstwagen. Das Leben wäre großartig – wären da nicht die Mitglieder.“¹

Als Bürokrat bekommt er Privilegien auf Kosten der ArbeiterInnen, um Verhandlungen mit dem Kapital zu führen. Diese Privilegien sind nicht abhängig von den weiteren Errungenschaften der ArbeiterInnenklasse. Auch wenn ein Streik verloren geht, die BürokratInnen bleiben. Sie sind im Gegenteil abhängig vom Fortbestehen der Partnerschaft mit dem Kapital. Deshalb drängen Hauptamtliche bei fast jeder Tarifrunde auf ein baldiges Ende der Kämpfe und erlauben nicht mehr Streikdemokratie als notwendig – weil die Kämpfe nicht ihre eigenen sind, sondern das Gleichgewicht für sie nur störend durcheinander bringen.

Weltweit ist die Bürokratie deshalb ein Hindernis für die Einheit und Schlagkraft der ArbeiterInnenklasse. In einem imperialistischen Land wie Deutschland hat die Bürokratie nochmal eine verschärfte Stellung. Die Entstehung einer Bürokratie spaltet und lähmt die ArbeiterInnenklasse, indem die privilegierten Teile ruhiggestellt werden mit „Brosamen“ aus den Auslandsüberschüssen. Ein Teil der kapitalistischen Abschöpfung des Mehrwerts fließt in die Taschen der Bürokratie – die dazu neigt, diesen Zustand beizubehalten.

Imperialismus

Die Gewerkschaften im Imperialismus gehören entweder dem Kapital oder den breiten, ausgebeuteten Massen.² Ihre Unabhängigkeit als nur den „Tagesbedürfnissen“ dienende Interessenvertretungen ist längst dahin. Sie sind eine politische Größe und der Kampf um sie bestimmt entscheidend die Kräfteverhältnisse. Mit der SPD gibt

es eine Partei, die wesentlicher Teil der Gewerkschaftsbürokratie und gleichzeitig verlässliche Stütze des bürgerlich-demokratischen Regimes ist. Die meisten hohen GewerkschaftsbürokratInnen laufen mit sozialdemokratischem Parteibuch in der Tasche herum.

Reformistische und zentristische Projekte verurteilen die schärfsten Formen der Kollaboration ebenfalls – ihre Antwort besteht aber darin, rechte durch linke BürokratInnen zu ersetzen. Dem SPD-Gewerkschaftsboss stellen sie kämpferische BürokratInnen aus der Linkspartei gegenüber. So ruft marx21 „antikapitalistische und kämpferische Gewerkschaften“³ aus, die SAV preist den „bewussten Kampf von linken und kämpferischen AktivistInnen“⁴, beide ohne ein Wort über die materiellen Bedingungen, unter denen die Gewerkschaften den ArbeiterInnen überhaupt dienen können. Diese sind: ständige Abwählbarkeit, durchschnittlicher ArbeiterInnenlohn, Ämterrotation und Unabhängigkeit von der Bourgeoisie.

Das Wort „Bürokratie“

Die Vermeidung des Worts „Bürokratie“ ist verbunden mit einer Strategie der Versöhnung mit bürokratischen Strukturen, die materiellen und politischen Druck ausüben. Die Rechtfertigungen des Reformismus und Zentrismus für ihre fehlende Bürokratiekritik lauten, das Bewusstsein der Massen sei noch nicht so weit. Die wenigen vorhandenen Kämpfe müssten erst gesammelt und abstrakt zusammengeführt werden, um irgendwann später radikalere Schritte zu gehen.

Wir sind der Ansicht, dass eben die siegreiche Zusammenführung und Ausweitung der Kämpfe nur aufgrund der Entwicklung der ArbeiterInnendemokratie – von der Streikversammlung bis hin zum Sowjet – durch die Verallgemeinerung kämpferischer Erfahrungen möglich ist. Es ist die Aufgabe der RevolutionärInnen, die fortschrittlichsten Sektoren der ArbeiterInnenklasse dafür zu gewinnen, Elemente der ArbeiterInnendemokratie und damit ihr Klassenbewusstsein zu entwickeln. Dieser Schritt kann nicht durch die

Abkürzung einer „kämpferisch“-bürokratischen Betriebsratsstruktur oder Streikleitung ohne tatsächliche Basisbeteiligung übersprungen werden.

Betriebsräte

Die Betriebsräte bilden in Deutschland eine besondere Struktur, die dem Motto der „Mitbestimmung“ sehr enge und komplizierte gesetzliche Grenzen setzt. Sie erzieht zum Respekt gegenüber den bürgerlichen Gesetzen und den staatlichen Institutionen und dämmt die immer wieder aufflammende soziale Unzufriedenheit ein. Da sie meist die einzigen betrieblichen Strukturen der ArbeiterInnen sind, können Betriebsräte als wichtige Bastionen des Kampfes eingesetzt werden. Doch RevolutionärInnen dürfen sich mit einem Legalismus nicht zufriedengeben, der die aktive Streikdemokratie durch gelegentliche Abstimmungen und das Klasseninteresse durch „Sozialpartnerschaft“ ersetzt.

Die Perspektive besteht deshalb in der Rückeroberung der Betriebsräte und Gewerkschaften durch die ArbeiterInnen, im Aufbau einer klassenkämpferischen und antibürokratischen Strömung. Wichtige Kämpfe der letzten Jahre wie der monatelange Streik gegen den Hamburger Verpackungshersteller Neupack, der partout keinen Tarifvertrag herausrücken wollte, zeigten bereits die Schranken der Gewerkschaftsbürokratie. Als der „Sozialpartner“ keiner sein wollte, verweigerte die Bürokratie die Ausweitung des Kampfes. Die Repression gegen die kämpferischen Neupack-Streikenden machte auch deutlich, dass – wenn es hart auf hart kommt – mit Formalismus kein Blumentopf zu gewinnen ist. Ihre Selbstorganisation und ihr Mut bleiben trotz der Niederlage im Streit um den Tarifvertrag ein Vorbild für alle kämpfenden ArbeiterInnen.

Selbstorganisation *allein* wird ein klassenkämpferisches Bewusstsein freilich nicht erzeugen können, wie es der Syndikalismus behauptet. Doch im Kontext der Niederlagen der ArbeiterInnenbewegung ist es gerade in Deutschland elementar, erste Kampferfahrungen wieder aufzubauen und sie von Beginn an mit Elementen von Streikdemokratie zu verbinden. Das ist die Aufgabe von RevolutionärInnen – und nicht allein das konjunkturelle Taktieren um scheinbare Erfolge, ohne das Bewusstsein zu heben.

1. What I'm really thinking: the trade union officer. <http://www.theguardian.com/lifeandstyle/2014/sep/20/what-im-really-thinking-the-trade-union-officer>.

2. Leo Trotzki: Die Gewerkschaften in der Epoche des imperialistischen Niedergangs. <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/trotzki/1940/08/gewerk.htm>.

3. Marx21: Gewerkschaften: Antikapitalistisch und konfliktorientiert. <http://marx21.de/erneuerung-durch-streik/>.

4. SAV: Zusammenschließen für einen kämpferischen Kurs in ver.di. <https://www.sozialismus.info/2014/10/zusammenschliessen-fuer-einen-kaempferischen-kurs-in-ver-di/>.

Sieg den Streiks!

Der Kampf für einen Tarifvertrag bei Amazon braucht Unterstützung!

von **Sören Luxbach** (RIO, Berlin)

Bis zu 20 Kilometer am Tag laufen und dabei 9,55 Euro pro Stunde verdienen – damit soll nun endlich Schluss sein. Die Gewerkschaft ver.di kämpft seit Mai 2013 bei Amazon für einen Tarifvertrag. In den letzten bundesweiten Streiks im September und Oktober haben erstmals an fünf von neun Logistikzentren Tausende KollegInnen die Arbeit niedergelegt. Auch an Standorten in anderen Ländern gärt es unter den Belegschaften wegen der selben unterdrückerischen Arbeitsbedingungen: In Frankreich gab es in diesem Jahr ebenfalls einen Ausstand.

Amazon reagierte bisher mit leichten Lohnerhöhungen – jedoch verweigert das Management immer noch jegliche Gespräche über einen Tarifvertrag. Denn Amazon ist ein Konzern, der Gewerkschaften mit offener Verachtung entgegentritt. Deshalb handelt es sich bei der Auseinandersetzung nicht um einen einfachen Arbeitskampf, sondern um die prinzipielle Frage, ob multinationale Konzerne die Macht der Gewerkschaften brechen können, oder ob Gegenwehr möglich ist. Wenn das „Modell Amazon“ siegt, werden die Angriffe auf die Lebensbedingungen breiter Sektoren der ArbeiterInnen weiter zunehmen.

Kampf mit harten Bandagen

Der Kampf wird mit harten Bandagen geführt, doch die Ausweitung des Streiks kommt bisher nur langsam voran. Trotz einiger Erfolge, die in verschiedenen Werken den Organisationsgrad spürbar angehoben haben, sind immer noch nicht alle deutschen Logistikzentren im Streik. Dazu gehört auch eine demokratische bundesweite Koordinierung aller Streikaktionen, die bisher nur in Ansätzen vorhanden ist. Die internationale Koordinierung des Arbeitskampfes muss ebenfalls von den bisherigen Treffen der Gewerkschaftsführungen zu internationalen ArbeiterInnentreffen ausgeweitet werden, um einen abgestimmten Kampfplan aufzustellen und den Konzern über die Ländergrenzen hinaus lahmzulegen. Denn dieser Streik ist nicht auf die deutschen Standorte beschränkt – wir haben es mit einem globalen Kräftemessen zwischen Arbeit und Kapital zu tun.

Eine Schlüsselrolle in der Ausweitung des Streiks bildet die Schaffung schlagkräftiger Solidaritätsstrukturen. Bisher sind in Leipzig und in Kassel Solikreise von linken Gruppen und solidarischen AktivistInnen entstanden, die immer wieder Impulse setzen und den KollegInnen den Rücken stärken. Doch das ist noch lange nicht genug. Die KollegInnen von Amazon brauchen Unterstützung an jedem Standort des Konzerns und überall im Land! Amazon ist Trendsetter in der Verschärfung der Ausbeutung – das Modell wird überall in der Welt kopiert, auch hierzulande von Zalando zum Beispiel. Je ungebremster es sich durchsetzt und Schule macht, desto mehr verschlechtern sich die Voraussetzun-

gen zur Gegenwehr, desto mehr verschlechtern sich die Arbeitsbedingungen von allen. In dieser vergifteten Atmosphäre kann jedes Zeichen der Solidarität von außen einen Unterschied machen.

Um die bundesweite Solidarität voranzutreiben, werden am Wochenende vom 14.-16. November in Frankfurt am Main Streikende und UnterstützerInnen zusammenkommen, um ein bundesweites Solidaritätskomitee zu gründen, um die Anstrengungen für den Sieg der Streiks zu ballen und voranzutreiben. Wir brauchen eine breite Öffentlichkeit, um den Kampf zu stärken und die Ziele des Streiks transparent zu machen. Dieser bundesweite Zusammenschluss sollte zur Gründung lokaler Solidaritätskomitees aufrufen und konkrete Hilfestellung dazu liefern. Erfahrungen aus bisherigen Streiks und aus der bisherigen Solidaritätsarbeit können so zusammengetragen werden.

Verbindung zu anderen Kämpfen

Über die effektive Vernetzung der Solidarität für die Amazon-KollegInnen hinaus kann eine Verbindung zu anderen kämpfenden Sektoren hergestellt werden. Die Kämpfe bei der Bahn und der Lufthansa sind noch längst nicht ausgefochten, im nächsten Jahr kommt eine neue Tarifrunde im Einzelhandel und durch die schwächelnde Konjunktur kündigen sich weitere große Konflikte an. Bei den immer lautereren Rufen nach einer Beschneidung des Streikrechts müssen auch die KollegInnen von Amazon sich dieser in den Weg stellen – auch ihre Solidarität ist gefragt. Ihr Kampf ist unser aller Kampf: Dies soll bis in all die Redaktionsbüros dringen, die momentan ihre gewerkschaftsfeindliche Propaganda im ganzen Land verbreiten.

Eines ist klar: Die ArbeiterInnen müssen das Amazon-Management in die Knie zwingen – anhand der beschriebenen Situation wird deutlich, dass der Kampf mit Amazon eine weit über die Branche hinausgehende Ausstrahlung haben wird – im Falle eines Sieges, genauso wie im Fall einer Niederlage! Es stehen ohne Zweifel noch lange Kämpfe bei Amazon an. Deswegen rufen wir alle solidarischen KollegInnen, Jugendlichen und linke Gruppen dazu auf, sich an dem Aufbau einer schlagkräftigen und starken Solidaritätsbewegung zu beteiligen.

Das Modell Amazon

Der multinationale Konzern sichert sein Monopol durch Überausbeutung.

von **Stefan Schneider** (RIO, Berlin)

Viele von uns kennen Amazon nur aus dem Internet. Der riesige multinationale Konzern verspricht uns Zugang zu fast allen Produkten auf Knopfdruck, die wie magisch vor unserer Haustür erscheinen. Noch mehr als sonst im kapitalistischen Produktionsprozess erscheint uns die Ware völlig abgetrennt von den Verhältnissen, in denen sie produziert wurde. Denn nicht nur die Produktion der Waren geschieht im Dunkeln, sondern auch die Distribution. Im Supermarkt oder im Kaufhaus können wir mindestens noch in den müden Gesichtern der KassiererInnen sehen, welcher Druck auf ihnen lastet. Der Onlineversand verbirgt selbst dies.

Amazons Geschäftsmodell ist die maximale Verringerung der Zeit zwischen dem Kauf und der Lieferung der Ware. Erreicht wird das durch ein militärisch durchgeplantes Regime der Automatisierung – allerdings nicht durch tatsächliche Maschinen, sondern durch die völlige Kontrolle und „Optimierung“ der ArbeiterInnen selbst. Amazons Logistikzentren, wo alle „Packer“ einen Produktionsrhythmus von drei Paketen pro Minute erreichen müssen, erinnern an den Fordismus: In den riesigen Paketfabriken stehen ArbeiterInnen in langen Reihen nebeneinander, um Pakete zu packen. Ergänzt wird dies durch ein Heer von sogenannten „Pickern“, die die Waren aus den Regalen holen.

Die Mehrwertproduktion bei Amazon entsteht also durch die Herstellung der Pakete selbst, wo mehr Pakete pro Minute einen höheren Mehrwert bedeuten. Amazon ist insofern ein Beispiel für eine Rückkehr zur klassischen Ausbeutung des absoluten Mehrwerts, durch die stärkere Auspressung der individuellen Arbeitskraft. Amazons stetiger Drang, die Lieferung zu optimieren, lässt freilich auch die Paketdienste nicht unberührt, die ihrerseits massiven Druck an ihre Beschäftigten weitergeben.

Wie Roboter

Bei Amazon existieren keine Stühle, außer in den Pausenräumen, weil stehende ArbeiterInnen produktiver seien. Die Werkzeuge wie Computer und Scanner haben hochentwickelte Programme, die die Prozesse effizienter machen sollen. Außerdem zeichnen sie detaillierte Informationen über die Aktivitäten der ArbeiterInnen auf: Produktivität, Zeiten, Pausen, Aufent-

haltsort, Bewegungen, Toilettengänge, Fehler.

Die Quote zwischen fest und befristet angestellten Kräften ist sehr unterschiedlich, doch gerade in den neueren Zentren sind befristete Verträge die Regel. Erst letztes Jahr kam es zu einem Skandal, als Amazon im neuen Logistikzentrum Brieselang bei Berlin einen Tag vor Weihnachten die Verträge von hunderten ArbeiterInnen auslaufen ließ, nur um im neuen Jahr neue Beschäftigte wieder einzustellen. Noch schlimmer sieht es in den Zeiten der Hochsaison aus (vor Ostern und vor allem vor Weihnachten), wo die Belegschaft kurzfristig fast auf das Doppelte aufgebläht wird.

Das „Modell Amazon“ funktioniert nur, indem die Unsicherheit der Lebens- und Arbeitsverhältnisse, der internalisierte Leistungsdruck sowie die zur Überausbeutung tendierende Lohnstruktur zum Rückgrat der Paketproduktion werden. Amazon setzt seine Arbeitsbedingungen mittels militärischen Drills durch. Eine bedeutende Zahl der mittleren und hohen ManagerInnen auf weltweiter Ebene kommen von der Armee.

Gleichzeitig jedoch versucht Amazon, eine Atmosphäre des Vertrauens und der Nähe zu schaffen: So wird sich bei Amazon auch zwischen PaketpackerInnen und ManagerInnen geduzt. Das hat jedoch nichts mit „flachen Hierarchien“ zu tun, sondern mit der Manipulation der ArbeiterInnen durch das Schaffen einer „freundschaftlichen“ Beziehung.

Die ArbeiterInnen sollen die größten Opfer bringen, um einen Vorteil zu bekommen. Die hohe Rotation, die Dauer der Probezeit (sechs Monate) und im Allgemeinen die Befristung der Verträge (bis zu zwei Jahre) nutzt Amazon um die ArbeiterInnen unter permanentem Druck und Angst zu halten, die in jedem Moment ihren Wunsch nach dem Verbleib in der „Familie“ unter Beweis stellen müssen.

Beispielloser Druck

So ist es Amazon möglich, einen beispiellosen Druck auf die Löhne und Arbeitsbedingungen der ArbeiterInnen im Logistikzentrum aufrecht zu erhalten. Zudem ist Amazon auch für seine gewerkschaftsfeindliche Haltung bekannt: Einen Tarifvertrag will Amazon schon aus Prinzip nicht unterschreiben.

Doch auch über die konkreten Arbeitsbedingungen hinaus reizt der Konzern seine Profitmargen bis auf das Maximum aus: Wie bekannt ist, hinterzieht Amazon Steuern, kassiert die Finanzierungsprogramme der Regierung für Arbeitslose, und nimmt Geschenke von jeder Lokalregierung dafür an, dass sie ein Logistikzentrum in ihrer Stadt aufmachen. Produktionsmodell Amazons wäre ohne die Subventionen und die neoliberale Arbeitsmarktpolitik des deutschen Staats kaum möglich.

Zusammengefasst ist das „Modell Amazon“ ein Paradebeispiel dafür, wie die herrschende Klasse das Kapital-Arbeit-Verhältnis in der Krise zu Ungunsten der ArbeiterInnen umformen will. Ob Amazon diesen Kampf gewinnt oder verliert, wird Signalwirkung für die Entwicklung der Lebensbedingungen der gesamten ArbeiterInnenklasse haben.

Druckerei ohne Bosse

Das Unternehmen Donnelley in Argentinien wurde von seiner Belegschaft besetzt. Diese produziert nun unter dem Namen Madygraf weiter.



melte. Dies geschah im Herzen der „Zona Norte“, dem wichtigsten Industriegebiet von Buenos Aires. Die besetzte Keramikfabrik Zanon in Neuquén war bereits ein Leuchtfeuer des Proletariats; Donnelley ist aufgrund seiner Lage im industriellen Zentrum Argentiniens eine noch wichtigere Errungenschaft.

Erste Erfahrungen

Mit zahlreichen Demonstrationen und einer großen Kampagne konnte der Übergang in eine Kooperative (mit dem Namen Madygraf) und die teilweise Zahlung der Löhne gewährleistet werden. Besonders hervorgetan hat sich die Frauenkommission von Donnelley, die Arbeiterinnen und Frauen der Arbeiter vereint. Diese haben sich an die Spitze einer Solidaritätskampagne für den Kampf gestellt, damit dieser nicht durch Hunger verloren geht. Sie sind durch das gesamte Land gereist, um für Unterstützung zu werben. Das Ziel der ArbeiterInnen aber bleibt die entschädigungslose Verstaatlichung unter ArbeiterInnenkontrolle.

Und auch wenn sich das Klima in der Fabrik ohne Bosse verbessert hat und die Qualität der Produktion steigt, kämpfen sie nicht nur für sich, sondern um den Weg in eine neue Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung aufzuzeigen.

Die ArbeiterInnen von Zanon sagen immer: „Wenn wir eine Fabrik betreiben können, können wir auch ein Land betreiben“ – dieser eine Satz bringt die historische Bedeutung von Kämpfen wie Zanon oder Donnelley auf den Punkt. Diese Kämpfe sind Schulen des Krieges für kommende Kämpfe. Hier wird sich das Proletariat seiner eigenen Macht bewusst.

Bei dem Kampf um Donnelley war es sehr wichtig, dass die ArbeiterInnen sich selbst organisieren. Ohne die jahrelange, alltägliche und graue Arbeit der Organisation eines Kerns von revolutionären ArbeiterInnen durch die PTS wäre die Erfahrung von Donnelley nicht möglich gewesen. Erst auf der Grundlage dieser beherzten Arbeit konnten Methoden wie die Vollversammlung und die ArbeiterInnen-demokratie eine zentrale Rolle spielen. Wir als TrotzistInnen sprechen daher auch von einer „sowjetischen Strategie“, also eine Strategie, die darauf ausgerichtet ist, in jedem Kampf die Grundlagen für die Selbstorganisation des Proletariats, die späteren Organe der ArbeiterInnenregierung zu legen.

von **Max Karlmann** (RIO, Berlin)

Donnelley ist eine der weltweit größten Druckereien mit Hauptsitz in den USA. Vor einigen Monaten kündigte die Geschäftsleitung die Entlassung von 123 Beschäftigten an seinem Standort in Buenos Aires an. Der Betriebsrat, der von einer antibürokratischen und kämpferischen Strömung angeführt wird – darunter ArbeiterInnen der Partei Sozialistischer ArbeiterInnen (PTS) –, organisierte daraufhin Vollversammlungen, um Kampfmaßnahmen zu beschließen. Es wurden Solidaritätsdelegationen zu anderen Betrieben geschickt, um einen gemeinsamen Kampf gegen die Entlassungen zu diskutieren.

Verschlossene Fabrik

Als die ArbeiterInnen am 11. August zur Arbeit kamen, fanden sie eine verschlossene Fabrik vor – nur ein kleiner Zettel teilte den ArbeiterInnen mit, dass die Betriebsleitung die Schließung beschlossen hatte. Das war ein harter Angriff auf die Lebensbedingungen der ArbeiterInnen und ihrer Familien.

Die ArbeiterInnen zögerten nicht lange: Bereits am Folgetag besetzten sie den Betrieb und nahmen die Produktion unter ihrer eigenen Regie auf.

In Sichtweite riesiger multinationaler Konzerne wie Kraft, Volkswagen oder Ford haben die ArbeiterInnen die Arbeitslosigkeit nicht akzeptiert und eine Antwort auf Fabrikschließungen aufgezeigt. Damit machten sie deutlich, dass das Proletariat sich nicht jeden Angriff der Kapi-

talistInnen gefallen lassen muss.

Dies war nur möglich, da sie sich in der Fabrik schon seit Jahren organisiert hatten, von geheimen Treffen bis zur Übernahme des Betriebsrates.

Seitdem ist die Vollversammlung und die direkte Demokratie die Methode der ArbeiterInnen. Dabei blieben sie aber nicht auf die Fabrik beschränkt – sie sind weit davon entfernt, die ArbeiterInnen-selbstverwaltung in einem Betrieb als Ziel an sich zu betrachten. Denn sie wissen, dass selbst die Eroberung einer Fabrik zur Niederlage verurteilt ist, wenn es dabei bleibt – wegen Sabotage durch die Polizei, den Boykott durch die KapitalistInnen und die kapitalistische Konkurrenz.

Zwei Generalstreiks

Deshalb waren sie auch bei allen großen landesweiten Kämpfen, wie den zwei Generalstreiks in den vergangenen Monaten, aktiv beteiligt und suchten die Solidarität mit den NachbarInnen, den Studierenden und anderen kämpfenden ArbeiterInnen. Dieses Beispiel zeigt, dass die Einheit aller Unterdrückten unter Führung der ArbeiterInnenklasse nicht bloß eine leere Worthülse ist, sondern eine sehr aktuelle Aufgabe darstellt. Denn die ArbeiterInnen brauchen einerseits die Unterstützung aus breiten Teilen der Gesellschaft, andererseits können die Probleme der Massen nur durch die Macht der ArbeiterInnen gelöst werden.

Am 16. August wurde ein Treffen vor den Toren von Donnelley einberufen, das mehr als 3.000 ArbeiterInnen versam-

Die Frauenkommissionen von Lear und Madygraf haben eine zentrale Rolle in den Kämpfen gespielt.

**KLASSE
GEBEN
KLASSE**

Landesweite Gegenwehr

Seit fünf Monaten kämpfen ArbeiterInnen des US-amerikanischen Automobilzulieferers Lear in Argentinien gegen Entlassungen und Repressionen.

von **Aaron Meinhard** (RIO, Berlin)

Um die Lear-Fabrik im Norden von Buenos Aires hat sich ein massiver Kampf gegen Bosse, Polizei, Regierung und Gewerkschaftsbürokratie entwickelt.

Ende Mai nutzte der US-amerikanische Automobilzulieferer Lear Einbrüche in der argentinischen Automobilproduktion als Vorwand um etwa 200 KollegInnen zu beurlauben. Nur wenig später wurden 100 ArbeiterInnen gekündigt, weitere kamen in Kurzarbeit oder wurden ebenfalls beurlaubt. Da diese Massenentlassungen in erster Linie ein Versuch waren, die kämpferischen KollegInnen im Betrieb hinauszudrängen und zu bestrafen, formierte sich rasch Gegenwehr. Ende Juni entschied eine Versammlung der ArbeiterInnen, für drei Stunden zu streiken. Als weitere Streikaktionen für die kommende Woche geplant wurden, hinderte die Geschäftsleitung die gewählten Delegierten daran, den Betrieb zu betreten.

Darauf folgte eine Ausweitung der Maßnahmen seitens der Beschäftigten. Gemeinsam mit solidarischen KollegInnen und AktivistInnen organisierten sie Demonstrationen, Autokorsos und Blockaden der *Panamericana*, der wichtigsten Autobahn des Landes.

Am 8. Juli fand ein erster landesweiter Aktionstag statt, in ganz Argentinien gab es Demonstrationen und Blockaden für die ArbeiterInnen von Lear. Zwei Wochen später versuchte die rechte Bürokratie der Gewerkschaft der Automobilindustrie SMATA unter ihrem Vorsitzenden Ricardo Pignanelli – der über ausgezeichnete Kontakte zur Regierung verfügt – den Kampf zu enthaupten. In einer „Versammlung“, die von der Polizei umzingelt wurde, wurden die Delegierten der Belegschaft, die klassenkämpferische Positionen vertreten oder der Partei Sozialistischer ArbeiterInnen (PTS) angehören, „abgewählt“.

Unfall vorgetäuscht

Am 30. Juli sprengte der Kampf endlich die nationalen Grenzen. Bei einem Autokorso warf sich ein Gendarm gegen die Windschutzscheibe eines Autos, um einen Unfall vorzutäuschen, damit seine Kompagnons den Fahrer festnehmen konnten. Pech nur für ihn, dass er dabei mit einer Kamera aufgenommen wurde. Das Video verbreitete sich über das Internet in alle Welt. In der internationalen Presse, auch in deutschen Medien, wurde berich-

tet. Mitte August kam eine Kampfansage der Avantgarde Argentinien: Ein ArbeiterInnenenttreffen mit 3.000 TeilnehmerInnen wurde inmitten des Industriegebietes im Norden der Stadt abgehalten. Aufgerufen hatten die KollegInnen von Lear gemeinsam mit den ArbeiterInnen der US-amerikanischen Druckerei Donnelley. Hier vereinigten sich die kämpferischsten Sektoren der argentinischen ArbeiterInnenklasse, um gemeinsam weitere Schritte in Richtung der Wiedereroberung der Betriebsräte und der Gewerkschaften von der Bürokratie zu machen.

Nun begannen massivste Angriffe auf solidarische AktivistInnen und die KollegInnen. Am 14. August entgingen Edgardo Moyano, seit langen Jahren Anwalt der KollegInnen, und Victoria Moyano, eine solidarische Aktivistin, nur knapp einem Anschlag auf ihr Leben. Ein Teil ihres Automotors ist beschädigt, Benzin tritt in großen Mengen aus. Der Mechaniker wird später bestätigen, dass es sich um Manipulation handelt.

Störung im Parlament

Am 10. September stört eine Bande von Pignanellis Schlägern im nationalen Parlament eine Rede des sozialistischen Abgeordneten Nicolas del Caño. Der Vertreter der PTS hatte sich mehrmals klar für die kämpferischen KollegInnen ausgesprochen und an Blockaden teilgenommen. Auch von Seiten der Regierung kam massive Hetze gegen ihn.

Weitere, auch physische Angriffe auf KollegInnen folgen. Einige werden auf ihren Heimwegen von Unbekannten angegriffen. Für diese arbeiterInnen-feindliche Politik stützt sich die SMATA auf die Kooperation mit den Bossen und der Regierung, sowie

die Einschüchterung ihrer eigenen Mitglieder. Es gibt aber auch privilegierte ArbeiterInnen, mit festen Jobs oder in gehobenen Positionen, die sich von dieser Karikatur einer Gewerkschaft vertreten fühlen.

Am 23. Oktober fand dann wieder ein nationaler Aktionstag statt. Bei erneuten Demonstrationen auf der *Panamericana* schlug die Gendarmerie voll zu. ArbeiterInnen wurden mit größter Gewalt aus ihren Autos gezogen, DemonstrantInnen mit Gummigeschossen teilweise schwer verletzt. Tränengas wurde eingesetzt. Die Bilanz des Tages: Mehr als 20 ArbeiterInnen aus verschiedenen Sektoren, die sich solidarisch zeigen wollten, wurden verletzt.

Ein Beispiel

Der bereits fünf Monate währende Kampf ist ein Beispiel für alle ArbeiterInnen auf der Welt. Ausdauernd und heroisch stellen sie sich gegen die Profitgier des Unternehmens, dass hunderte von Familien während andauernder Inflation auf die Straße setzen möchte. Und obwohl die Herrschenden sie von allen Seiten angreifen, geben sie nicht auf.

Sie entlarven die Heuchelei der Regierung: Cristina Kirchner und ihre MinisterInnen geben sich sonst gerne als besonders leidenschaftliche VerteidigerInnen der einfachen argentinischen Bevölkerung. Doch hier verteidigen sie klar die Interessen von Lear, dem US-Unternehmen.

Es ist ein harter Kampf, dem sich die gesamte Avantgarde der argentinischen ArbeiterInnen angeschlossen hat. ArbeiterInnen aus dem ganzen Land beteiligen sich genauso wie Jugendliche an Protesten und Aktionen. Gerade die GenossInnen der PTS in den Betrieben und Unis kämpfen an vorderster Front für den Sieg der KollegInnen.

Die ArbeiterInnen von Lear kämpfen mit der PTS gegen die Entlassungen – hier eine Straßenblockade.



Der Kampf um Kobanê RevolutionärInnen

von **Revolutionäre Internationalistische Organisation (RIO)**

Seit Wochen wird die kurdische Stadt Kobanê an der türkisch-syrischen Grenze von Truppen des „Islamischen Staats“ (IS) belagert und angegriffen, und das Schicksal der Stadt ist noch nicht entschieden. Kobanê wird von vielen als letzte Bastion gegen den Vormarsch der IS-Banden gesehen, die inzwischen eine ganze Region im Irak und in Syrien beherrschen. Heroisch kämpfen die kurdischen Truppen der PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) und die sog. Volksverteidigungseinheiten YPG/YPJ gegen den „IS“. [...] Die komplizierte Interessenlage in der Region und das drohende Schicksal für hunderttausende KurdInnen in der Region werfen die Frage auf: Wie kann „IS“ besiegt werden? Und: Was kann und muss die internationale Linke, allen voran die RevolutionärInnen, dafür tun, dass der Kampf gegen den „IS“ zu einem Kampf für die Befreiung und das Selbstbestimmungsrecht der kurdischen Bevölkerung werden kann?

Die imperialistischen Interessen sind Hauptgrund für die jetzige Lage im Irak und Syrien. [...] Zudem sehen Staaten wie die Türkei, Saudi-Arabien oder Katar den stetigen Niedergang der US-Hegemonie in der Region als Chance, mehr politischen und ökonomischen Einfluss auszuüben. Die Bourgeoisien dieser drei Länder haben die bewaffneten islamistischen Gruppen in Syrien finanziell unterstützt und ihnen Waffen zur Verfügung gestellt.

Die imperialistische Interessenlage in der Region wird auch dadurch deutlich, wen die imperialistischen Kräfte unterstützen und wen nicht: Barzani, Kopf der autonomen Region Südkurdistans (Irak), war schon im Irakkrieg bester Verbündeter der imperialistischen Truppen, und wird nun von USA, Großbritannien, Deutschland und anderen Mächten mit Waffen versorgt. Demgegenüber werden PKK und YPG politisch und militärisch abgelehnt.

Besonders obszön ist die Rolle der Türkei unter Erdogan: Die Türkei hat in den vergangenen Wochen und Monaten immer wieder einen Rückzugsraum für „IS“ geboten, während sie kurdische Milizen und Flüchtlinge an der Überquerung der Grenze hindert und auf ihrem Territorium die Proteste gegen die Kollaboration mit „IS“ gewaltsam angreift. Inzwischen hat die türkische Luftwaffe sogar mit Bombardements gegen PKK-Stellungen begonnen. [...]

Der Kontext des sogenannten „arabischen Frühlings“, der in einigen Ländern [...] Konturen eines revolutionären Prozesses angenommen hatte, markiert das Schicksal der Region: Denn durch verschiedene imperialistische Interventionen [...] und das Fehlen einer Perspektive, die die demokratischen und sozialen Forderungen der Massen mit einem antiimperialistischen und antikapitalistischen Programm in der Perspektive der permanenten Revolution verbunden hätte, schlug der „arabische Frühling“ in konterrevolutionäre, vom Imperialismus angeführte Prozesse um. Dies macht deutlich: Auf militärischem Wege allein kann es keinen Sieg gegen eine Organisation wie „IS“ geben, die in neuem Gewand in verschiedenen Ländern neu entstehen wird, solange die drängenden sozialen und politischen Bedürfnisse der verarmten Massen in der Region nicht gelöst sind.

Damit der kurdische Kampf gegen „IS“ und für das Recht auf Selbstbestimmung erfolgreich sein kann, besteht daher die Hauptaufgabe von RevolutionärInnen heute aus zwei Tei-

len: Einerseits eine massive Solidaritätsbewegung in aller Welt anzustoßen, die ein Programm aufstellt gegen die Verfolgung der PKK und aller fortschrittlichen kurdischen Widerstandsorganisationen, gegen den imperialistischen Krieg und für einen Generalstreik in der Türkei gegen die Kriegstreiberei der türkischen Regierung. Andererseits müssen wir RevolutionärInnen eine politische Diskussion um das Programm dieses Widerstandes anstoßen, bei der die sozialistische Revolution der ArbeiterInnen im Verbund mit den BäuerInnen und armen Massen der Region die krönende Perspektive sein muss.

Der Kurs der PKK

Denn während der Kampf von PKK und PYD/YPG in Rojava, dem syrischen Teil Kurdistans, zweifellos heroisch ist, herrschen in der Linken weltweit doch einige Illusionen über die Perspektiven dieses Kampfes. Die historische Unterdrückung der KurdInnen, gegen die sich die kurdischen Befreiungsbewegungen seit jeher wandten, prägt die soziale Lage und die wirtschaftliche Rückständigkeit der Region. Besonders Rojava ist eine industriell benachteiligte Region; Arbeitslosigkeit und Armut sind stark ausgeprägt. Aus der Krise entstanden Kooperativen, die versuchen eine Grundversorgung und Armutsbekämpfung auf demokratischer Grundlage zu schaffen. Es wird propagiert, Rojava sei aufgrund des Modells der „demokratischen Autonomie“ Vorbild für die internationale Linke zum Aufbau einer antikapitalistischen und emanzipatorischen gesellschaftlichen Alternative. Doch es ist klar, dass weder PYD (Partei der Demokratischen Union) noch PKK ein antikapitalistisches und antiimperialistisches Programm besitzen. Sie basieren zwar auf einer progressiven nationalen Befreiungsbewegung, die für eine kurdische Autonomie kämpft, und betreiben beispielsweise eine sehr fortschrittliche Frauenpolitik. Doch sie sehen nicht, dass die kurdische nationale Frage nicht auf der Ebene einer Autonomie- und Verhandlungsstrategie mit dem türkischen Staat gelöst werden kann. Mitte der 2000er Jahre ließ die PKK ihre historische Forderung nach einem sozialistischen Kurdistan fallen, ohne welche es aber keine Befreiung geben kann. Auch die Selbstverwaltungsorgane in Kurdistan lassen einerseits die Produktionsverhältnisse unangestastet und umgehen andererseits die Machtfrage.

In Nordkurdistan (Türkei) schweigt die PKK davon, dass durchaus genug Industrie existiert, die unter ArbeiterInnenkontrolle die notwendigen Lieferungen für die Menschen in Rojava und Südkurdistan leisten könnte. Die PKK verzichtet in der Türkei bewusst auf ein Programm zur Enteignung der Betriebe und isoliert die Kooperativen in Rojava von der Industrie und notwendigen Zulieferungen. Um perspektivisch eine friedliche Ko-Existenz mit dem jeweiligen Regime im Türkischen Staat und in Syrien zu ermöglichen, verzichtet sie auf das vollständige Selbstbestimmungsrecht.

Verteidigt Kobanê – unabhängig vom Imperialismus!

Immer stärker wird der Ruf nach einem stärkeren Eingreifen des Imperialismus in den Konflikt. Doch die Anerkennung Rojavas durch die Imperialisten würde gerade die Abhängigkeit vom Imperialismus bedeuten, dessen Interventionen den „IS“ her-

und die Aufgaben der

vorgerufen haben und den Fortschritt der Selbstverwaltung von Rojava von Grund auf zerstören. Noch kann nicht davon die Rede sein, dass PYD und PKK sich unter die Führung des Imperialismus begeben hätten. [...] Genausowenig steht die PYD auf der selben Stufe wie die Milizen in Libyen, die sich für den Kampf gegen Gaddafi unter das NATO-Kommando begaben. Doch die Widersprüche zwischen dem Ruf nach Intervention durch den Imperialismus und dem Kampf für eine politische Unabhängigkeit sind deutlich. Eine Anpassung an den Imperialismus würde jedenfalls das Abwürgen einer progressiven Perspektive der kurdischen Befreiung bedeuten.

Demgegenüber kann [...] ein vereinigt sozialistisches Kurdistan mit einem sozialen Programm dem „IS“ den Boden entziehen, sowie den Imperialismus aus der Region räumen. Dies muss eingebettet in sozialistische Forderungen geschehen, wie v.a. die Landverteilung an BäuerInnen, Verstaatlichung der Ölfelder unter ArbeiterInnenkontrolle, Arbeitsmöglichkeiten für alle, indem die Arbeitsstunden bei gleichem Lohn gesenkt werden. Die ArbeiterInnenkontrolle über Waffen muss ebenfalls eine Perspektive sein. [...]

Von der PKK bis in die europäische Linke reicht die Forderung, den „IS“ niederzuschlagen ohne eine sozialistische Revolution voranzutreiben und den Imperialismus hinauszuerwerfen. [...] In der internationalen Linken, gerade auch in Deutschland, wird aktuell eine Perspektive der Waffenlieferungen im Stil der Kampagne „Waffen für El Salvador“ aus den 80er Jahren diskutiert, zum Teil mit explizitem Bezug auf den Spanischen BürgerInnenkrieg. Auch wenn der kurdische Widerstand militärische Unterstützung benötigt, wird in diesen Kampagnen jedoch vergessen, dass nur eine Perspektive der Klassenunabhängigkeit, verbunden mit einem Programm der permanenten Revolution, eine Lösung für den kurdischen Befreiungskampf sein kann. Auch in Spanien konnten die FaschistInnen nur deshalb militärisch siegen, weil die bürgerlichen und reformistischen Kräfte mehr Angst vor den bewaffneten ArbeiterInnen als vor den faschistischen Banden hatten.

Die KommunistInnen haben die Aufgabe, das Selbstbestimmungsrecht der unterdrückten Nationen gegen Chauvinismus und Imperialismus uneingeschränkt zu verteidigen. Die Aufteilung Kurdistans durch die imperialistischen Mächte hat bisher der kurdischen Nation nichts anderes als Ausbeutung und Unter-

drückung gebracht. Doch der klassenversöhnlerische Kurs der PKK steht im Widerspruch zur Befreiung. Die Bourgeoisie der unterdrückten Nationen hat zwar historisch betrachtet die Lösung der nationalen Befreiung aufgenommen. Sie ist aber nicht fähig oder bereit, einen revolutionären Kampf gegen den Imperialismus zu führen. Dafür ist ein antiimperialistisches und antikapitalistisches Programm, welches das vereinigte sozialistische Kurdistan zu gründen beabsichtigt, zentral.

Dazu ist es notwendig, dass die internationale ArbeiterInnenklasse den Kampf gegen die neokoloniale Unterdrückung und imperialistische Besatzung aufnimmt, dass sich die NATO aus der Region Naher und Mittlerer Osten zurück ziehen muss, außerdem die ArbeiterInnenorganisationen bestimmen sollen, an wen welche Waffen zu liefern sind. Vor allem brauchen wir jedoch eine breite internationale Front zur Aufhebung des Verbots der PKK und aller anderen kurdischen Widerstandsorganisationen, welches ein großes politisches Hemmnis für die Unterstützung des Widerstands bildet. Außerdem müssen gerade hier in Deutschland die Waffenlieferungen an den türkischen Staat und die Unterstützerstaaten des „IS“ sowie die Präsenz der Bundeswehr an der türkisch-syrischen Grenze aufs Schärfste verurteilt werden. Mittel dazu sind Streiks, Blockaden, Demonstrationen. In diesem Sinne muss eine internationale Kampagne zur Verteidigung Rojawas mit folgenden Punkten angestoßen werden:

- ★ Für die Verteidigung von Kobanê und ganz Rojava!
- ★ Nieder mit der imperialistischen Intervention im Irak und Syrien! Gegen Waffenlieferungen an die Türkei und deutsche Militärpräsenz in der Region!
- ★ Keine Intervention der türkischen Armee!
- ★ Öffnung der türkisch-syrischen Grenze für die YPG und Geflüchtete, Schließung der Grenze für den „IS“! Aufnahme und Anerkennung aller Geflüchteten aus der Region auch in den imperialistischen Zentren!
- ★ Nieder mit der Repression gegen die KurdInnen in Europa! Nieder mit dem PKK-Verbot!
- ★ Für die Entlassung aller kurdischen und türkischen politischen Gefangenen in der Türkei und im Rest von Europa!
- ★ Für das Recht auf Selbstbestimmung der KurdInnen!
- ★ Für eine Mobilisierung der ArbeiterInnen in der Türkei, in Kurdistan, und in Europa! Für Generalstreiks gegen den wichtigsten Verbündeten des „IS“ in der Region, die Türkei!

In der kurdischen Guerilla kämpfen Frauen an vorderster Front.

18. Oktober 2014

in voller Länge auf www.klassegegenklasse.org



**KLASSE
GEGEN
KLASSE**

Ein Referendum, das keines ist

Das Referendum über die Unabhängigkeit Kataloniens mutiert zur Farce.

von **Mark Turm** (RIO, Saarbrücken)

Die katalanische Regionalregierung, angeführt von *Convergència i Unió* (CiU), hatte am 27. September 2014 ein Referendum über die politische Zukunft Kataloniens angekündigt, angesetzt für den 9. November 2014. Die spanische Zentralregierung unter Mariano Rajoy hielt das beabsichtigte Referendum für verfassungswidrig und reichte Klage beim Verfassungsgericht ein. Dieses untersagte das Referendum mit einer einstweiligen Verfügung. Rajoy begründete sein Vorgehen mit dem Satz „die Demokratie kann nicht gegen das Gesetz agieren“, so als ob die Genese der Verfassung von 1978 demokratisch gewesen wäre, als ob es sich um einen natürlichen demokratischen Prozess gehandelt hätte, der den Übergang von der Franco-Diktatur in die jetzige Scheindemokratie ermöglichte. Gerade diese befindet sich aber heute in einer tiefen Legitimationskrise. Erinnerung sei an die im Zuge der „Empörten“-Bewegung skandierete Losung: „*Sie repräsentieren uns nicht!*“

Ein Manöver

Beim Referendum sollten die KatalanInnen die Fragen beantworten, ob Katalonien ein eigener Staat werden soll, und wenn ja, ob dieser unabhängig von Spanien sein sollte. Weder in der nun abgeschwächten Form der „alternativen Abstimmung“, die die katalanische Regierung nun durchführen will, noch im ursprünglich angesetzten Referendum hätten diese Fragen jedoch irgendeine bindende Rechtswirkung gehabt.

Insofern handelt es sich lediglich um ein Manöver der Parteien der katalanischen Bourgeoisie, um die in der antidemokratischen Verfassung von 1978 festgesetzten Rahmenbedingungen zwischen den verschiedenen Nationalitäten neu verhandeln zu wollen. Allen voran geht es CiU darum, Verhandlungen über eine Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen dem Zentralstaat und der Region Kataloniens zu schaffen. Dafür hat die Bourgeoisie den berechtigten Wunsch der KatalanInnen nach demokratischer Selbstbestimmung ausgenutzt: Sie mo-



bilisierte die katalanischen Massen, um ihrem Vorhaben Druck zu verleihen.

Diese jedoch wollen mehr: Seit 2012 sind die Demonstrationen für die Unabhängigkeit Massenveranstaltungen, die letzte *Diada* war die größte, die Katalonien je gesehen hat. Somit drücken die katalanischen Massen ihren berechtigten Wunsch aus, selbst entscheiden zu wollen, wie ihre Zukunft aussehen mag.

Eine Krise

Nun bahnt sich eine politische Krise im gesamten Staat an, denn das Recht auf demokratische Entscheidung über die eigene Zukunft der Nationalitäten Spaniens wird von der Verfassung von 1978 schlicht abgelehnt. In anderen Worten: Innerhalb der bestehenden Rechtsordnung können die KatalanInnen, wie alle anderen Nationalitäten des Spanischen Staates, nicht über ihre eigene Zukunft entscheiden. Die spanische Zentralregierung ist fest entschlossen, ein konstitutionelles Referendum zu verhindern, denn somit stünde die gesamte Architektur des antidemokratischen Regimes von 1978 auf dem Prüfstand.

Gegen den Widerstand aus Madrid auf der einen Seite, und gegen die Forderungen der KatalanInnen auf den Straßen auf der anderen, versucht die katalanische Regierung Druck vom Kessel zu nehmen. Sie ruft zur „nationalen Einheit“ auf, hinter welcher aber bereits harte Kürzungen im Sozialbereich lauern, die von den Mitte-Links-Parteien sowie der „souveränistischen“ Linken abgesegnet werden. Für die reformistische und souveränistische katalanische Linke wie CUP oder ERC kann ein rechtsbindender Referendumsausgang nur im Übereinkommen mit dem Staat bzw. mit dem Wohl-

wollen der internationalen Gemeinschaft erfolgen – verfassungskonform eben.

Doch wenn die vielen brennenden sozialen Fragen, die hinter der Frage der Unabhängigkeit stehen – wie die Arbeitslosigkeit, die Zwangsräumungen, die Kürzungen im Gesundheitssektor, die vereinfachten Entlassungen, die wachsende Verelendung der Massen –, gelöst werden sollen, können die nationale und die soziale Frage nicht getrennt voneinander beantwortet werden. „*Kein Schritt zurück!*“, schrie daher die Menge in Barcelona, als der Rückzieher der Regierung bekannt wurde. Die Regierung von Artur Mas wird die Geister, die sie rief, nicht mehr los.

Eine Perspektive

Angesichts dieser Entwicklung, der Vorstöße der Regionalregierung und der Position der reformistischen Linken, müssen RevolutionärInnen dies vor den Massen denunzieren, weil jene das Recht auf Selbstbestimmung nicht erkämpfen wollen. Will die katalanische Nation in ihrem Wunsch nach Unabhängigkeit nicht wieder einmal von der katalanischen Bourgeoisie betrogen werden, müssen RevolutionärInnen zu einem Flügel der Unabhängigkeitsbewegung werden, der das Recht auf Selbstbestimmung mit der Frage der politischen Unabhängigkeit der ArbeiterInnen und verarmten Massen, mit den brennenden sozialen Fragen verbindet, und mittels Mobilisierungen in den Betrieben und Wohnvierteln, Schulen und Straßen erkämpft.

Dabei wird die nationale Unterdrückung in Katalonien nur dann erfolgreich beendet werden, wenn die berechtigten Forderungen der KatalanInnen nach nationaler Selbstbestimmung nicht von der katalanischen Bourgeoisie und ihren politischen VertreterInnen angeführt werden, die bereits jetzt signalisieren, das Recht auf Selbstbestimmung nicht erkämpfen zu wollen. Sie muss vielmehr von der ArbeiterInnenklasse Kataloniens in unzertrennlicher Verbindung mit den ArbeiterInnen des übrigen Spanischen Staates und den verarmten Massen in Katalonien und ganz Spanien angeführt werden. Dabei darf diese Allianz nicht Halt machen bei der Selbstbestimmung, sie muss weiter gehen und das Regime von 1978 beenden, auf dem Weg in eine föderative ArbeiterInnenrepublik oder eine freie Union der ArbeiterInnenrepubliken, in der jede Nation der Iberischen Halbinsel die nötigen Freiheiten hat, selbstbestimmt zu leben.

Das ist der einzige Weg, nicht nur die Frage der Selbstbestimmung zu lösen, sondern auch die brennenden sozialen Fragen zugunsten der ArbeiterInnenklasse und verarmten Sektoren der Bevölkerung auf Kosten der KapitalistInnen.

Pulverfass Mexiko

Das Verschwinden von 43 Studierenden aus dem Bundesstaat Guerrero erzeugt eine massive demokratische Bewegung, die sich der Regierung entgegenstellt.

von **Peter Robe** (RIO, Berlin)

Am 26. September wurden 43 LehramtsstudentInnen aus dem südlichen Bundesstaat Guerrero von der Polizei verschleppt und an die Banden des lokalen Drogenkartells übergeben. Sie wollten sich eigentlich an Protesten zum Gedenken an das Massaker von Tlatelolco beteiligen. Als sich die Nachricht ihres Verschwindens verbreitete, bildeten sich sofort Gruppen von Studierenden aus dem ganzen Land, Familienangehörigen und LehrerInnen, um sie zu suchen. Dabei fanden sie ein Massengrab mit 28 Leichen in der Nähe der Stadt Iguala – doch die DNA-Proben zeigten, dass es nicht die Verschwundenen waren.

Diese schreckliche Nachricht (wie viele Massengräber gibt es noch?) hat in ganz Mexiko eine demokratische Bewegung von Studierenden, Angehörigen und LehrerInnen angestoßen, die die politische Krise der Regierung vertieft.

Die Bewegung

Die verschwundenen Lehramts-Studierenden gehören zu den prekärsten Sektoren, die besonders hart von der neoliberalen Bildungsreform der Regierung getroffen werden. Zudem ist der Bundesstaat zu großen Teilen von den Drogenbanden kontrolliert, die bis in die höchsten Etagen des Staatsapparates vordringen. Dies alles führte dazu, dass sich der Ruf nach dem lebendigen Wiederauftauchen der Studierenden in eine landesweite Bewegung verwandelte: mit besetzten Gymnasien, Fakultäten und Radiosendern, einem zweitägigen Universitätsstreik und massiven Mobilisierungen zeigten die Studierenden, die sich in Versammlungen organisieren, ihre Empörung. Die kämpferischen LehrerInnen aus Guerrero blockierten Straßen, wurden von der korrupten Polizei und dem Militär angegriffen und zündeten sogar das Parlamentsgebäude des Bundesstaates an. Als Antwort darauf wurde die gesamte Region militarisiert.

Die Regierung von Enrique Peña Nieto (EPN) der Partei der institutionellen Revolution (PRI), die Mexiko über 70 Jahre lang regierte, geriet so in ihre erste große Krise. Doch schon zuvor hatte sich der Präsident den Jugendlichen gegenüberstellen müssen: Die massiven Mobilisierungen und Konfrontationen zu seinem



Amtsantritt, die landesweiten „Märsche für den Frieden“ gegen den „Krieg gegen die Drogen“ und die Jugendbewegung #yosoy132, die im Jahr 2012 die Straßen füllte, schufen eine Avantgarde von kämpferischen Jugendlichen, die das gesamte Regime – seine Parteien und Institutionen – in Frage stellt.

Peña Nieto leitete einen Prozess von strukturellen Reformen ein, die manche Analysten sogar zum Anlass nahmen, Mexiko in die Reihe der BRICS-Staaten aufzunehmen. Die zentrale Reform des im „Pakt für Mexiko“ zusammengefassten Reformpakets, das von allen Parteien des Regimes unterstützt wurde, war die Privatisierung der Ölfirma PEMEX. Diese bietet die Haupteinnahmequelle für den mexikanischen Staat und ist seit der Enteignung durch Lázaro Cárdenas in den 1930er-Jahren Staatseigentum. Die Reformen konnten nur gegen den Widerstand der kämpferischen ElektroarbeiterInnen und LehrerInnen durchgesetzt werden. Der Erfolg der Regierung ging so mit herben Niederlagen der ArbeiterInnen und ihrer Organisationen einher. Gleichzeitig ist der „Krieg gegen die Drogen“, der bisher mehr als 200.000 Tote und Verschwundene zur

Folge hatte, eine ständige Bedrohung.

Der Ausweg

Die massiven Mobilisierungen zeigen einen Ausweg aus dieser reaktionären Situation und öffnen den Weg für neue Massenproteste, die die historische Erfahrung der Kommune von Oaxaca und der APPO (Volksversammlung der Völker Oaxacas) übersteigen kann. Nicht das Regime des Krieges und der Privatisierungen, sondern eine unabhängige Kommission aus Angehörigen, Studierenden und ArbeiterInnen kann die brutalen Geschehnisse aufklären. Gegen die gewalttätige Kollaboration von Staat und Drogenbanden, müssen Organe der Selbstverteidigung aufgebaut werden. In einer freien und souveränen verfassungsgebenden Versammlung, die auf die Massenmobilisierung der ArbeiterInnen und Massen gestützt ist, müssen die gefühlten sozialen und demokratischen Probleme, die heute Hunderttausende auf die Straße bringen, diskutiert werden.

Die Situation des Klassenkampfes in Mexiko macht aufs Neue die Notwendigkeit einer revolutionären Führung deutlich: Für den Aufbau einer Partei, die diesen Ansprüchen gerecht werden kann, kämpfen unsere GenossInnen der Bewegung Sozialistischer ArbeiterInnen (MTS) auch in dieser massiven Bewegung, in der eine neue Generation von kämpferischen Jugendlichen entsteht. In Deutschland ist zur Unterstützung eine breite internationalistische Kampagne nötig, die das Verbot der Waffenlieferungen der deutschen Regierung und der Rüstungsindustrie an die mexikanische Polizei als zentrale Forderung hat.

Protestierende LehramtsstudentInnen zünden das Rathaus von Iguala an.

Das Massaker von Tlatelolco

Am 2. Oktober 1968 versammelten sich tausende von Studierenden auf dem Platz der drei Kulturen im Zentrum der mexikanischen Hauptstadt. Sie kamen, um die Reden der StudierendenführerInnen zu hören, die im Nationalen Streikkomitee gruppiert waren. In den Wochen vor diesem Tag hatten die Studierenden kontinuierlich auf den Straßen mit den Repressivkräften der PRI-Diktatur gekämpft, um gegen den universitären Autoritarismus zu protestieren. Verbunden mit den internationalen Geschehnissen, bei denen sich die Jugend in aller Welt mobilisierte und sich wichtige antiimperialistische Bewegungen entwickelten, politisierten und organisierten sich die mexikanischen Studierenden sehr schnell und wurden zu einer Gefahr für die PRI-Regierung von Gustavo Díaz Ordaz, zumal die Olympischen Spiele vor der Tür standen. Als der letzte Redner seine Rede beginnen wollte, begann stattdessen ein blutiges Massaker. Mehr als 300 Studierende wurden ermordet, Hunderte verletzt und mehr als 5.000 festgenommen.

pro

**KLASSE
GEGEN
KLASSE**

Nach dem Waffenstillstand

Die politischen AkteurInnen sichern sich ihre Stellungen nach dem Ukraine-Krieg.

von **Mara Singer** (RIO, München)

Am 5. September unterzeichneten die VerhandlungsführerInnen der ukrainischen Regierung, Russlands, der OSZE und der RebellInnen aus Donezk und Lugansk einen Waffenstillstand für die Ostukraine. Auch wenn es vereinzelt immer wieder Gefechte gibt, so ist die große militärische Konfrontation vorerst beendet. Die Bilanz des Krieges: mehr als 3.000 Tote und circa 600.000 Geflüchtete.

Die Aufmerksamkeit der politischen AkteurInnen in der Ukraine lag in letzter Zeit auf der Vorbereitungen für die Parlamentswahlen am 26. Oktober. Wie zu erwarten war, hat sich die Partei des Oligarchen und amtierenden Präsidenten Petro Poroschenko, der „Block Petro Poroschenko“, als stärkste Kraft durchgesetzt.

Russisches Militär

Nachdem die Volksrepubliken Donezk und Lugansk militärisch zwischen Juni und August immer weiter in die Defensive gerieten, konnten sie mit dem aktiven Eingreifen des russischen Militärs Ende August eine Offensive starten, die den ukrainischen Kräften herbe Verluste zufügte, zu Umzingelungen führte und Nachschubwege abschnitt. Somit war es den ukrainischen Truppen nicht möglich die militärische Kontrolle über Donezk und Lugansk zu gewinnen.

Angesichts der militärischen Lage ist die ukrainische Regierung mit dem Waffenstillstand gut bedient. Keine einzige Hauptforderung der russischen Seite wurde erfüllt, weder der Abzug ukrainischer Truppen aus dem Donbass, noch die Anerkennung der Volksrepubliken, die im Abkommen nicht einmal als solche erwähnt wurden. Der Waffenstillstand ist ein Versuch der ukrainischen Regierung, ihre Truppen neu zu sortieren und sich mit politischen Mitteln Vorteile zu verschaffen. Poroschenko brauchte zudem eine Stabilisierung der Lage, um seine Macht in den Parlamentswahlen zu festigen. Der Donbass dürfte nun auf ab-

sehbarer Zeit verloren sein, was den Druck von rechts auf Poroschenko erhöht.

Auch wenn die Volksrepubliken weiterhin formal Teil der Ukraine sind, so ist Poroschenko doch bereit ihr weitgehende Autonomie zu gestatten, da er ohnehin keinen Einfluss mehr auf sie hat. Unter den RebellInnen steht auch das russisch-nationalistische Projekt einer Abspaltung unter dem Namen „Neurussland“ in hohem Kurs. Eine Angliederung des Donbass an Russland ist aber aufgrund der hohen wirtschaftlichen und politischen Kosten für den Kreml ausgeschlossen.

Der Waffenstillstand schafft auch für die RebellInnen Möglichkeiten für eine politische Lösung. Dies ist für sie entscheidend, da Putin niemals eine Ausweitung der Offensive plante, die für Russland militärisch und politisch mit hohen Risiken behaftet gewesen wäre. Mit der Einigung konnte Russland weiteren Sanktionen der EU vorbeugen und hat mit der Kontrolle über den Donbass sein wichtigstes Ziel erreicht: einen NATO-Beitritt der Ukraine zu verhindern. Putin will eine „neutrale“ Ukraine, die er allerdings durch Handels-

beziehungen, insbesondere durch Gaslieferungen in Abhängigkeit halten möchte.

Deutsche Interessen

Trotz des Konflikts ist es durchaus wahrscheinlich, dass das EU-Assoziierungsabkommen zustande kommen wird. In dieser Hinsicht konnte Deutschland einen Erfolg verbuchen. In der heißen Phase des Konflikts war es noch getrieben von den USA. Durch die militärische Eskalation hatte Deutschland seine eigenständige Position aufgeben müssen, die auf einem Ausgleich mit Russland bedacht war. Die moderierende Haltung hätte bedeutet, sich gegen die USA zu stellen, die mit einer aggressiven Linie sowohl Russland isolieren, als auch Deutschland auf seinen Platz verweisen wollten. Es zeigte sich, dass Deutschland tatsächlich nicht aus dem Schatten der USA treten konnte und so trug es immer neue Sanktionen gegen Russland auf Druck der USA hin mit.

Mittlerweile hat sich der militärische Konflikt allerdings gelegt und der deutsche Spielraum für eine von den USA unabhängige Politik dürfte wieder steigen. Eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine war von Deutschland ohnehin noch nie gewollt und konnte mit dem Krieg – allerdings auf Kosten der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu Russland – abgewendet werden.

Die Parlamentswahlen erlauben nun eine bessere Einschätzung der Kräfteverhältnisse nach dem Krieg. Die pro-westlichen Parteien haben die überwiegende Mehrheit der Stimmen gewonnen, wengleich die Wahlbeteiligung relativ niedrig ausfiel. Die Partei von Petro Poroschenko, die eine Annäherung an die EU vollziehen möchte ist gleichauf mit der „Volksfront“ des amtierenden Ministerpräsidenten Arseni Jazenjuk der als Kandidat der USA gilt die stärkste Kraft. Die pro-westlichen Parteien werden voraussichtlich eine gemeinsame Regierungskoalition bilden, wodurch die Ämter von Präsident und Ministerpräsident weiterhin an Poroschenko und Jazenjuk gehen dürften.

Ein prorussischer Kämpfer an einer Straßensperre im Donbass.

**KLASSE
GEBEN
KLASSE**



Debatte: Muss man das „kleinere Übel“ unterstützen?

von **Wlodek Flakin** (RIO, Berlin)

Die Ukraine-Krise löste die größten geopolitischen Spannungen seit Jahrzehnten aus – logischerweise führte sie auch zu heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der Linken. Es ist ein grundlegendes Prinzip von KommunistInnen, für die politische Unabhängigkeit der ArbeiterInnenklasse zu kämpfen. Doch leider haben viele linke Gruppen Positionen eingenommen, die das prowestliche oder das prorussische Lager in der Ukraine als „kleineres Übel“ unterstützen.

Die „DemokratInnen“

Am Anfang dieses Jahres haben viele Gruppen die Maidan-Bewegung gegen den Präsidenten Wiktor Janukowycz bejubelt. So erklärte das Vereinigte Sekretariat der Vierten Internationale (zu dem in Deutschland der RSB und die isl gehören) seine Unterstützung für die Maidan-Proteste, auch wenn es zugab, dass „die tonangebenden organisierten politischen Kräfte bislang zur Rechten oder extremen Rechten gehören“.¹

Diese Position geht von einer Auseinandersetzung zwischen „Demokratie“ und „Diktatur“ aus, ohne jegliche Klassenperspektive. Als diese „demokratische“ Bewegung (mit faschistischen Stoßtrupps!) siegte, hießte sie eine Regierung der OligarchInnen an die Macht, die im Interesse der USA und der EU einen Krieg gegen die Bevölkerung im Osten des Landes führt, und eine ebenso brutale Austeritätspolitik durchsetzt.

Die Solidarität linker Gruppen für diese „DemokratInnen“ wurde etwas leiser nach dem Massaker im Gewerkschaftshaus in Odessa am 2. Mai durch Nazis. Nur ausgesprochen proimperialistische linke Gruppen wie die AWL aus Großbritannien erklären sich noch auf Seiten der Streitkräfte Kiews. In der Ukraine vertritt die Gruppe „Linke Opposition“, die dem VSVI nahe steht, solche Positionen. Diese „sozialistische“ Gruppe, die die bürgerliche Regierung unterstützt, verdient nur Verachtung seitens der RevolutionärInnen.²

1. Statement on Ukraine, 2. März 2014, <http://nao-prozess.de/erklarung-zur-ukraine/>

2. Es ist gut dokumentiert, dass die LO von Menschen angeführt wird, die jahrelang die internationale Linke betrogen haben,

Die „AntifaschistInnen“

Als Spiegelbild gibt es linke Kampagnen für den „antifaschistischen Widerstand in der Ukraine“. Zu den Stützen des Kiewer Regimes gehören auch FaschistInnen – und so werden seine GegnerInnen, die prorussischen SeparatistInnen in der Ostukraine, kurzerhand zu „AntifaschistInnen“ ernannt. Aber dieses Konzept von „Faschismus“ und „Antifaschismus“, ein traditioneller Fehler deutscher StalinistInnen und Autonome, ist nicht weniger problematisch.

Denn diese „antifaschistische“ Haltung bedeutet politische Unterstützung für die Führungen der sogenannten „Volksrepubliken“ im Osten. Der Name ist nur ein Ausdruck der sowjetischen Nostalgie von russischen NationalistInnen. In Wirklichkeit sind diese Gruppen militärische Cliquen, die von russischen SöldnerInnen angeführt werden. Nichts deutet darauf hin, dass ihre Pläne für die Unabhängigkeit der Ostukraine und den Beitritt zur Russischen Föderation dem Willen der Bevölkerung entsprechen (auch wenn die Ablehnung des Kiewer Regimes weit verbreitet ist).

In der Ukraine ist es vor allem die stalinistische Gruppe „Borotba“, die prorussische Positionen für die Linke salonfähig macht. Diese Gruppe erklärte, sie sehe die separatistischen Milizen als „legitime Streitkräfte der Volksrepubliken“ an, und kritisiert Putin „für seine Nicht-Einmischung“, was „an Verrat grenze“.³

Der russische Nationalismus ist aber ebenfalls ein reaktionäres Gebilde. Die Kräfte, die „Neurussland“ (wie sie es nennen) anführen und eine russische Volksgemeinschaft in einem neuen Reich propagieren, können keinerlei Alternative für die Massen in der Ostukraine anbieten.

Wohin diese Politik führt, zeigt das Beispiel der Kampagne „Solidarity with the Antifascist Resistance in Ukraine“ von mehreren linken Gruppen aus

um materielle Vorteile zu erlangen. Wieso Gruppen wie VSVI oder Marx21 ihnen Vertrauen schenken, können wir nicht nachvollziehen. Siehe <http://komepd.wordpress.com/2014/03/31/maidan-and-a-ukrainian-story-of-a-lasting-fraud>

3. Borotba Statement on Minsk Conference, <http://www.marxist.com/ukraine-borotba-statement-on-minsk-conference.htm>

Großbritannien. VertreterInnen dieser Kampagne, darunter Alan Freeman (Socialist Action) und Richard Brenner (Workers Power, Schwesterorganisation der Gruppe Arbeitermacht) nahmen Anfang Juli an einer Konferenz in Jalta auf der Krim-Halbinsel teil. Diese Konferenz sollte die internationale Linke für „Neurussland“ mobilisieren.

Der Veranstalter, Aleksei Anpilogov, ist ein russischer Nationalist, der den Verein „Novaya Rus“ anführt. Für die Konferenz im Juli arbeitete er mit dem linksnationalistischen Intellektuellen Boris Kagarlitzki und seinem „Insitut für Globalisierungsstudien“ zusammen. Doch einen Monat später organisierte Anpilogov eine weitere Konferenz am gleichen Ort mit der gleichen Agenda – diesmal nahmen faschistische Parteien wie die britische BNP, die ungarische Jobbik oder die belgische VB teil!

Der Versuch, Linke und Rechtsextreme für die gleiche Front zu mobilisieren, ist dem Nationalisten Anpilogov gelungen. Diese Konferenz wurde von der AWL kritisiert, und erst Ende September, d.h. nach fast drei Monaten, legte der Genosse Brenner einen eigenen Bericht ab. Mit einem sehr defensiven Ton erklärte er, dass ihm die politische Identität der meisten TeilnehmerInnen unbekannt war. Und dennoch verteidigt er seine Zusammenarbeit mit diesen rechtsextremen „AntifaschistInnen“.⁴

Die ArbeiterInnen

Ein Ausweg aus der Ukraine-Krise kann es nur auf der Grundlage der kompletten Unabhängigkeit der ArbeiterInnenklasse von beiden reaktionären Banden geben. Die größte Tragödie besteht vielleicht darin, dass die großartige Tradition ukrainischer SozialistInnen wie Christian Rakowski zerstört wurde, und dass „SozialistInnen“ wie „LO“ oder „Borotba“ nationalistische Positionen vertreten.

4. Erste Kritik: <http://www.workersliberty.org/story/2014/07/23/popular-front-russian-nationalism>. Antwort von Brenner: <http://www.fifthinternational.org/content/yalta-conference-solidarity-resistance-south-east-ukraine>. Zweite Kritik: <http://www.workersliberty.org/node/23934>. Wir betonen an dieser Stelle, dass wir der sozialimperialistischen AWL nicht viel Vertrauen entgegenbringen. Dennoch sind die von ihnen zusammengetragene Fakten schwer zu widerlegen.

Sieg der Frauenbewegung

Harte Kämpfe der Frauenbewegung im Spanischen Staat konnten reaktionäre Angriffe auf die körperliche Selbstbestimmung abwehren.

von **Lilly Freytag** (RIO, Berlin)

Es war eine Schwangerschaft voller Komplikationen und am Ende stand eine Totgeburt: Am 23. September wurde nach neun Monaten endlich das Gesetzesprojekt, das Frauen im Spanischen Staat den Zugang zu Abtreibung praktisch verwehrt hätte, zurückgezogen. Es war ein Triumph für die Frauenbewegung auf der Straße. Wäre das Gesetz beschlossen worden, hätten Frauen im Spanischen Staat nur im Fall einer Vergewaltigung oder bei schweren gesundheitlichen Folgen straffrei abtreiben können. Der zuständige Justizminister Gallardón trat zurück und die Tatsache, dass die konservative Regierung der Volkspartei (PP) dieses zentrale Projekt nicht durchsetzen konnte, zeugt von der tiefen Krise, in der sie sich befindet. Von rechts wurde sie von der katholischen Kirche dafür kritisiert, dass das Gesetz zu wenig restriktiv sei. Aber vor allem war der Protest auf der Straße zu laut, massenhaft und unübersehbar.

Es ist also vor allem den Mobilisierungen einer kämpferischen Frauenbewegung auf der Straße zu verdanken, dass die Frauen im Spanischen Staat nicht noch weiter in ihrer sexuellen Selbstbestimmung eingeschränkt werden. Demonstrantinnen wurden angegriffen und verhaftet und haben sich trotzdem gegen diesen Angriff auf ihre Körper durchgesetzt. Sie können ein Beispiel für die Frauen in vielen anderen Ländern sein, die ebenso in ihren Rechten angegriffen werden.

Frauen und Arbeiterinnen

In diesen neun Monaten hat eine Frauenbewegung die Bühne betreten, die lautstark ihre Rechte einfordert. Auch Frauen der ArbeiterInnenklasse waren daran beteiligt: Denn sie sind es, die von einer verschärften Abtreibungsgesetzgebung besonders betroffen wären. Sie können es sich nicht leisten, ins Ausland zu reisen und dort eine Abtreibung vornehmen zu lassen. Ihr einziger Ausweg wären illegale Abtreibungen gewesen – ein Weg, der jährlich weltweit 70.000 Frauen tötet. So waren beispielsweise streikende Frauen der Donutfabrik Panrico an vorderster Front dabei und haben sich gegen diesen Angriff gewehrt.¹

Das Verbot und die Einschränkung von Abtreibung ist ein Angriff auf die körperliche Selbstbestimmung von Frauen. Es ist kein Zufall, dass er gerade im von der Krise besonders betroffenen Spanischen Staat durchgeführt wurde. Die Rolle von weiblicher Arbeitskraft im Kapitalismus ist voller Widersprüche. Einerseits haben KapitalistInnen ein Interesse daran, dass Frauen in die Arbeitswelt eintreten und ihre Arbeit so für die Mehrwertproduktion

zur Verfügung steht – meist geringer entlohnt als die der Männer. Andererseits sollen Frauen unbezahlt die Reproduktionsarbeit in der Familie übernehmen. Diese beiden Ziele können miteinander in Konflikt geraten und erlangen je nach den jeweiligen Erfordernissen der Kapitalverwertung eine andere relative Bedeutung.

In Krisenzeiten

Wenn in der Krise Kürzungen im Gesundheits- und Pflegebereich durchgeführt werden und Massenarbeitslosigkeit herrscht, wird die Rolle der Frauen als diejenigen, die in der Familie Reproduktionsarbeit leisten müssen, immer wichtiger. Sie müssen die Aufgaben, die vorher der Staat erfüllt hat, erneut übernehmen und werden so stärker zurück in die Familien verbannt. Es ist auch kein Zufall, dass zur selben Zeit konservative und religiöse Ideologien stärker werden. Das Verbot von Abtreibung ist somit Teil eines gesellschaftlichen Rollbacks, der Frauen in ihre traditionellen Rollen zu drängen versucht. Diesem Versuch, sie auf die Rolle der Hausfrau und Mutter festzulegen, haben die Frauen im Spanischen Staat eine wichtige Niederlage erteilt.

Aber es gibt immer noch viel zu erkämpfen. Denn auch wenn Verschärfungen verhindert werden konnten, gelten immer noch Einschränkungen, z.B. die Frist von 14 Wochen, Zwangsberatungen durch einen Arzt und eine aufgezwungene „Bedenkzeit“ von drei Tagen. Außerdem will die Regierung unter Mariano Rajoy einige Verschärfungen weiter verfolgen, wie zum Beispiel die Regelung, dass Minderjährige nur noch mit Zustimmung ihrer Eltern abtreiben dürfen. Illegalisierte Frauen haben überhaupt keine Möglichkeit abzutreiben. Und mit den voranschreitenden Kürzungen im Gesundheits- und Sozialbereich sind auch immer wieder Zugang und Finanzierung bedroht. Nicht überall im Spanischen Staat ist es einfach, eine/n Ärzt/in zu finden, der/die bereit ist, den Eingriff durchzuführen, weswegen Frauen in andere Regionen reisen müssen. Gerade für Frauen, die unter prekären Bedingungen arbeiten, ist das eine massive Einschränkung. Die Frauenbewegung im Spanischen Staat hat deshalb angekündigt, dass sie weiter kämpfen wird.



Links: Reaktionäre Abtreibungsgegnerinnen marschieren in Berlin.

Rechts: Die linke Jugendgruppe Red Brain protestierte gemeinsam mit 1.500 AktivistInnen dagegen.

1. Peter Robe: Sechs Monate im Streik. <http://www.klassegegenklasse.org/sechs-monat-im-streik/>.



Eine reaktionäre Allianz

In Deutschland mobilisieren fundamentalistische ChristInnen, Konservative und FaschistInnen gegen das Recht auf Abtreibung – zuletzt am 20. September in Berlin.

von Lilly Freytag (RIO, Berlin)

Am 20. September marschierten 4.500 sogenannte „Lebensschützer“ durch Berlin, die vor allem gegen Abtreibung, aber auch gegen Pränataldiagnostik und Sterbehilfe mobilisierten. Sie waren mit professionell gestalteten Plakaten und Schildern unterwegs und wurden mit Bussen angekarrt, als Teil einer gut organisierten und finanzierten Kampagne. Auch die Deutsche Bahn hat in den letzten Jahren immer wieder vergünstigte Tickets zur Anreise angeboten. Gegen den Aufmarsch protestierten 1.500 Menschen mit Kundgebungen und Blockaden.

Diese Bewegung will ein reaktionäres und homophobes Familienbild durchsetzen, in dem Frauen vor allem die Rolle der Mütter und Hausfrauen zukommt und jegliche Abweichung von der heterosexuellen Norm bestraft wird. Das Thema Abtreibung wird emotional hoch aufgeladen mit Fotos von Babys, großen Kreuzen für sogenanntes „ungeborenes Leben“ und Kindern, die ihren Eltern für ihre Geburt danken. Unter dem Label „AbtreibungsgegnerInnen“ entsteht eine gefährliche Allianz zwischen fundamentalistischen ChristInnen, von KatholikInnen bis zu Evangelikalen, bürgerlichen Konservativen aus der Union, AfD-PolitikerInnen und FaschistInnen.



Grußwort vom Papst

Auf der Berliner Kundgebung gab es Grußworte vom Papst, von deutschen Bischöfen, CSU-/CDU-Abgeordneten – übrigens von keiner einzigen Frau. Mit der Präsenz von Unionspolitikern zelebriert sich diese Bewegung als „Mitte der Gesellschaft“. Die Europaparlamentsabgeordnete der AfD, Beatrix von Storch, ist seit Jahren an vorderster Front mit dabei. Auch während des Wahlkampfes in Sachsen forderte die AfD-Spitzenkandidatin Frauke Petry eine Verschärfung der Abtreibungsgesetze. Das zeigt die Tendenz der AfD, immer mehr zum Vehikel rechtsextremer Positionen zu werden. Gleichzeitig findet beim Thema der Abtreibung eine Annäherung zwischen besonders reaktionären und christlichen Teilen der CDU/CSU und AfD statt, wobei letztere die Lücke im rechtskonservativen Spektrum füllt, die sich durch die „Liberalisierung“ der Union in Deutschland aufgetan hat.

Der Anteil der Kirchen an den Mobilisierungen ist unübersehbar. Das von ihnen propagierte christliche Familienmodell ist frauenfeindlich und reaktionär. Dieselben Kirchen dürfen in der BRD weitestgehend staatlich finanzierte Kindergärten, Schulen und Krankenhäuser betreiben, in denen sie ihre eigenen Regeln durchsetzen. Darunter fällt die Kontrolle ihrer Angestellten auf sexuelle Orientierung unter Entlassungsdrohung, die Indoktrina-

tion junger Menschen, wenn nicht deren sexueller Missbrauch. Nicht selten werden SchülerInnen in Deutschland auf christlichen Schulen mit dem Propagandamaterial der AbtreibungsgegnerInnen bombardiert. Dass eine junge Frau nach einer Vergewaltigung in einem katholischen Krankenhaus abgewiesen wurde, als sie die Pille danach verlangte, ist nur ein Skandal unter vielen.

Von freiem Zugang zu Abtreibung kann dabei in Deutschland gar nicht die Rede sein. Grundsätzlich ist Abtreibung verboten und mit Freiheitsstrafe bewehrt. Es gibt dazu aber Ausnahmen. So gilt eine Frist von zwölf Wochen, innerhalb derer Frauen straffrei abtreiben können. Sie müssen sich allerdings einer Zwangsberatung unterziehen und danach drei Tage warten, bevor der Eingriff durchgeführt wird. Oft genug findet diese Zwangsberatung bei kirchlichen Einrichtungen statt. Sie soll laut Gesetz „zum Schutz des ungeborenen Lebens“ stattfinden.¹ Außerdem straffrei ist Abtreibung nach einer Vergewaltigung, wenn die Gesundheit der Frau durch die Schwangerschaft gefährdet ist oder eine sogenannte „Fehlbildung“ beim Fötus festgestellt wird – für die letzten beiden Fälle gilt auch die Frist von zwölf Wochen nicht mehr.

Soziales Programm

Dem konservativen Block der „Lebensschützer“ und seiner Verbündeten muss mit einem sozialen Programm entgegengetreten werden. In Deutschland versucht die Bourgeoisie immer wieder die Frauenfrage auf Quoten im Spitzenmanagement zu reduzieren. Eine klassenkämpferische und feministische Perspektive ist notwendig, um zu Selbstbestimmung zu kommen: Alle Gesetze, die die Selbstbestimmung von Frauen und Mädchen über ihren Körper einschränken, gehören abgeschafft. Stattdessen muss der Staat legale und kostenlose Abtreibungsmöglichkeiten sowie freiwillige Beratungen und freien Zugang zu Verhütungsmitteln anbieten. Aber damit enden nicht die reaktionären Strukturen, die Frauen dem Heim zuweisen. Wir brauchen auch kostenlose staatliche Kinderbetreuung und den Rauswurf der Kirche aus Bildung, Medizin und Betreuung anstelle der staatlichen Förderung klerikaler Propaganda.

Angelpunkt der geschlechtlichen Unterdrückung schließlich bildet die geschlechtliche Arbeitsteilung, die nur mit einer Klassenperspektive überwunden werden kann. Sie aktualisiert jeden Monat die geschlechtliche Ungleichheit. Dabei wird diese Arbeitsteilung aufrechterhalten durch das Lohngefälle zwischen Männern und Frauen, weil es rechtfertigt, dass Frauen nach wie vor in unbezahlte Erziehungs- und Hausarbeit gezwungen werden. Dieser Mechanismus, den die Bourgeoisie nicht anzurühren vermag, spaltet nicht nur die Lohnabhängigen und gibt den Nährboden für „Lebensschützer“-Kampagnen, sondern beengt auch die Entfaltung der Produktivkräfte.

Anti-Abtreibungs-Reflexe spiegeln die kapitalistische Gesellschaftsform wieder, die sich weigert, den Schritt zur Vergesellschaftung der Reproduktionsarbeit und Verteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit auf alle zu gehen. Aus schierer Notwendigkeit für die Entwicklung der ArbeiterInnenklasse und um der Unterdrückung der Hälfte der Menschheit ein Ende zu bereiten, fordern wir deshalb auch gleichen Lohn für gleiche Arbeit bei Senkung der Arbeitsstundenzeit mit vollem Personal- und Lohnausgleich.

1. Gesetz zur Vermeidung und Bewältigung von Schwangerschaftskonflikten, § 5 (1)

Neue Herausforderungen

Ende September fand die bundesweite Konferenz von RIO statt.

von **Wlodek Flakin** (RIO, Berlin)

Am letzten Septemberwochenende tagte die bundesweite Konferenz von RIO, der Revolutionären Internationalistischen Organisation. Alle Mitglieder versammelten sich in Berlin, zusammen mit einigen unabhängigen AktivistInnen, um die aktuelle Situation zu analysieren und die Weichen für unsere Arbeit im kommenden Jahr zu stellen.

Das deutsche Regime

Die weltweiten Situation ist geprägt von geopolitischen Spannungen – u.a. im Nahen Osten und in der Ukraine – wie es sie seit dem Ende des Kalten Krieges nicht mehr gegeben hat. In den nächsten Jahren sind Spannungen zu erwarten, die die Frage aufwerfen, welche Rolle Deutschland als imperialistische Macht zukünftig spielen wird.

Bisher genießt der deutsche Imperialismus eine Stellung als Gewinner der weltweiten Krise des Kapitalismus. Doch nicht nur die wackelnden Konjunkturdaten lassen die Grenzen des deutschen Akkumulationsmodells allmählich erkennen. Auch kleine, aber symbolisch wichtige Kämpfe der Unterdrückten in Deutschland, wie die der Refugees, zeigen eine gewisse Unzufriedenheit im Herzen der Bestie.

Zentral für uns als MarxistInnen ist aber, dass auch die historisch mächtige deutsche ArbeiterInnenklasse Tendenzen zu mehr Kampfbereitschaft zeigt, trotz der reformistischen Zwangsjacke der Gewerkschaftsbürokratie. Die Streiks der letzten Jahre in prekarierten Sekto-

ren, aber auch die neuen Streiks bei der GDL, bei Amazon und in weiteren zentralen Sektoren, geben ein ermunterndes Beispiel für die gesamte Klasse. Nach der Verheerung der Agenda 2010 und den Jahren der Krise regen sich langsam Kämpfe, auf die RevolutionärInnen sich vorbereiten müssen.

Die Organisation

Die internationale Strömung von RIO, die Trotzkiistische Fraktion – Vierte Internationale (FT-CI, nach der Abkürzung im Spanischen), macht in letzter Zeit wichtige Fortschritte. Zu nennen wäre der viermonatige Streik an der Universität von São Paulo, der von unserer brasilianischen Schwesterorganisation (der LER-QL) angeführt wurde; oder auch die digitale Tageszeitung *La Izquierda Diario*, die die argentinische PTS im September lancierte.

Das niedrige Niveau des Klassenkampfes in Deutschland bedeutet, dass der Aufbau einer revolutionären Organisation notwendigerweise langsamer vor sich geht. Dennoch konnte RIO im letzten Jahr zusammen mit unabhängigen AktivistInnen verschiedene revolutionäre Gruppierungen aufbauen und festigen: Red Brain an Berliner Schulen, Waffen der Kritik an den Unis in Berlin und Potsdam, und neuerdings auch These XI an den Münchner Unis. Auch RIO selbst konnte ein gewisses Wachstum vorzeigen.

Wir haben auch erste Erfahrungen mit feministischer Arbeit durch die Veranstaltungsreihe „Marxismus und Geschlecht“ gemacht. In der kommenden Zeit wollen wir auch stärker an die Arbeit unserer

Schwesterorganisationen anknüpfen, die als „Pan y Rosas“ („Brot und Rosen“) eine internationale revolutionäre Frauenorganisation aufbauen.

Die ArbeiterInnenklasse

Die wichtigste Entscheidung der Konferenz war eine Wendung hin zu einer professionelleren Betriebsarbeit. Die Zusammensetzung von RIO ist weiterhin in erster Linie studentisch, aber verschiedene Mitglieder arbeiten in großen Unternehmen. So machen wir erste Erfahrungen mit politischen Initiativen in den Gewerkschaften und dem Aufbau einer revolutionären Fraktion in der ArbeiterInnenklasse.

Wir sehen es sehr kritisch, dass Gruppen mit revolutionärem Anspruch sich den bürokratischen Strukturen der ArbeiterInnenbewegung in Deutschland anpassen. Wir möchten eine revolutionäre und antibürokratische Tradition wieder etablieren, die die Selbstorganisation der ArbeiterInnen in den Mittelpunkt stellt.

RIO wird demnächst eine neue Publikation etablieren und den eigenen Aufbau fortsetzen. Doch wir sind nicht der Meinung, dass eine revolutionäre Partei aus dem linearen Wachstum einer Gruppe hervorgehen wird. Stattdessen machen wir gemeinsame Erfahrungen mit kämpferischen Sektoren der ArbeiterInnen und Jugend. Gemeinsame Schlussfolgerungen über die wichtigsten Fragen des internationalen Klassenkampfes sind zentral, um eine solide Organisation aufzubauen.

KLASSE GEGEN KLASSE wird Monatszeitung

W.I. Lenin hat die Zeitung mal als ein Gerüst beschrieben, um eine revolutionäre Organisation aufzubauen.

In den letzten drei Jahren haben wir elf Ausgaben von *Klasse Gegen Klasse* veröffentlicht – immer mit einer Mischung aus politischen und theoretischen Artikeln, aber in ziemlich unregelmäßigen Abständen.

Jetzt ist die Zeit gekommen, um einen Sprung zu wagen: Ab Januar 2015 wird diese Zeitschrift monatlich erscheinen – insgesamt zehn mal im Jahr. Mit einer Monatszeitung können wir aktuel-

ler auf die Ereignisse des Klassenkampfes in Deutschland und in der Welt reagieren. Damit wollen wir regelmäßiger mit ArbeiterInnen und Jugendlichen diskutieren, mit denen wir in den Kämpfen gemeinsame Erfahrungen machen.

Die Zeitung soll uns helfen, die großen Fragen des internationalen Klassenkampfes besser zu verstehen und die Aufgaben der RevolutionärInnen zu definieren. Dafür werden wir, wie bisher, die Analysen unserer internationalen Strömung, der FT-CI, in deutscher Sprache verbreiten. *Klasse Gegen Klasse*

wird weiterhin ein Medium der Debatte über revolutionäre Politik bleiben.

Im Dezember werden wir eine große Kampagne machen, um Abos abzuschließen und Geld für die Umstellung zu sammeln. Dazu brauchen wir auch dein Feedback und werden demnächst eine Umfrage machen. Mit der neuen Monatszeitung einher wird auch eine Professionalisierung unserer Website gehen, mit mehr und aktuelleren Artikeln. Längere theoretische und historische Beiträge werden wir zukünftig in Form von Broschüren veröffentlichen. wf

KLASSE GEGEN KLASSE

... ist die Zeitschrift von RIO, der Revolutionären Internationalistischen Organisation, Sektion der Trotzkiistischen Fraktion – Vierte Internationale (FT-CI) in Deutschland.

Den Namen **KLASSE GEGEN KLASSE** verstehen wir als eine Kampfansage an die Gewerkschaftsbürokratie in Deutschland und ihre Ideologie der „Sozialpartnerschaft“. Die ArbeiterInnen und Jugendlichen in Deutschland können ihre Interessen nur dann durchsetzen, wenn sie sich unabhängig von allen Flügeln der Bourgeoisie organisieren.

Das bedeutet einerseits, dass wir für die breiteste Einheit aller ArbeiterInnen im Kampf für ihre gemeinsamen Interessen eintreten – denn nur vereint können wir uns den Angriffen der KapitalistInnen entgegensetzen. Das bedeutet andererseits, dass wir innerhalb der ArbeiterInnenbewegung für ein revolutionäres Programm kämpfen – denn die wirkliche Einheit unserer Klasse kann nur zu Stande kommen, wenn wir die bestehenden Führungen aus SozialdemokratInnen und ReformistInnen verschiedenster Couleur, die auf Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie setzen, gestürzt haben.

(Für uns hat **KLASSE GEGEN KLASSE** nichts mit der KPD zur Zeit des Stalinismus zu tun, die manchmal diese Losung verwendete, um jegliche Zusammenarbeit mit der „sozialfaschistischen“ SPD abzulehnen. Genausowenig hat es mit der autonomen Gruppe aus den 90er Jahren zu tun, die ein Konzept des individuellen Terrorismus verfolgte.)

Es fällt auf, dass diese Losung immer öfter auf linken Demonstrationen und auf Wänden auftaucht (falls jemand fragt: *Wir waren es nicht!*). Das zeigt, mitten in einer historischen Krise des Kapitalismus, dass einige Sektoren der Jugend nicht nur den Klassengegensatz wiederentdecken, sondern auch auf dieser Grundlage Politik machen wollen.

Mit dieser Zeitschrift wollen wir die wichtigsten Lehren aus der Geschichte und aus dem internationalen Klassenkampf aufarbeiten. Auf der Grundlage eines Programms, das diese Lehren aufhebt, wollen wir uns mit den fortschrittlichsten Sektoren der ArbeiterInnenklasse und der Jugend fusionieren und damit zum Aufbau einer großen revolutionären ArbeiterInnenpartei beitragen, als Teil einer Weltpartei der sozialistischen Revolution, der Vierten Internationale.



Nr. 10. Nieder mit der EU des Kapitals!

Schwerpunkt: Widerstand im Spanischen Staat
24 Seiten – 2 €



Nr. 9. Refugees: Eine Klasse, ein Kampf!

Schwerpunkt: Emanzipation der Frauen in Zeiten der Krise
36 Seiten – 2 €



Nr. 8. Ein Traumpaar? Große Koalition

Schwerpunkt: 1.200.000 Stimmen für die Front der Linken und ArbeiterInnen in Argentinien
28 Seiten – 2 €



WAFFENDERKRITIK
marxistische Gruppierung von RIO und unabhängigen Studierenden
waffenderkritik.wordpress.com



Red Brain
linke SchülerInnengruppe in Berlin mit einer eigenen Zeitung
redbrain.square7.ch

SPENDEN!

Für unsere Arbeit brauchen wir Geld! („Die Revolution wird gegen das Elend gemacht, und dann kostet sie noch Geld!“ – Bertolt Brecht.) Also bitten wir um eine Spende – entweder per PayPal (auf unserer Website) oder per Banküberweisung (Daten auf Anfrage).



La Izquierda Diario ist die erste digitale Tageszeitung der argentinischen und lateinamerikanischen Linken. Gestartet wurde sie von der PTS, aber ist für alle Linken offen. Seit ihrem Start am 16. September bekam sie bereits eine halbe Million Besuche. Es schreiben KorrespondentInnen aus 15 Ländern, darunter auch Deutschland. Jeden Tag gibt es etwa 100 neue Artikel in spanischer Sprache.

ABOS: Unterstütze *Klasse Gegen Klasse* mit einem Abo! So bekommst du alle zwei bis drei Monate die neuste Ausgabe per Post – und wir bekommen regelmäßige Einnahmen für unsere politische Arbeit, die sich nicht auf diese Zeitschrift beschränkt.

Vier bis fünf Ausgaben im Jahr inklusive Porto kosten nur:

normales Abo: 15 Euro; **Solidaritätsabo:** 30 Euro

KONTAKT: info@klassegegenklasse.org

berlin@klassegegenklasse.org; potsdam@klassegegenklasse.org;

muenchen@klassegegenklasse.org; saarbruecken@klassegegenklasse.org

www.klassegegenklasse.org

→ www.facebook.com/RevolutionaereInternationalistischeOrganisation

**KLASSE
GEGEN
KLASSE**

**KLASSE
GEGEN
KLASSE**

www.klassegegenklasse.org

Zeitschrift für marxistische Politik und Theorie
von RIO – Nr. 11 – November-Dezember 2014
2 Euro / 4 CHF – Solipreis: 4 Euro / 8 CHF

Streiks in Kitas

Die kommenden Tarifverhandlungen
im Sozial- und Erziehungsdienst

Fabrik ohne Bosse

Argentinische Druckerei produziert
in Selbstverwaltung

Recht auf Abtreibung

In Deutschland und Spanien wird
gegen Frauenrechte mobil gemacht



Solidarität mit den Streiks bei Amazon!

Der Arbeitskampf bei dem multinationalen Konzern wird ein Signal für
das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit in Deutschland geben.



Revolutionäre Internationalistische Organisation
Trotzkistische Fraktion – Vierte Internationale

